

2 Theoretische Zugänge zu kapitalistischen Entwicklungspfaden

In diesem Kapitel wird zunächst die wissenschaftliche Literatur zu den arbeits- und sozialpolitischen Reaktionen auf die Krisenprozesse im europäischen Kontext rezipiert. Danach folgt die Darstellung von *Varieties of Capitalism* (VoC) als zentralen Ansatz der vergleichenden Kapitalismusforschung. In Abgrenzung zu diesem institutionalistischen Zugang wird aufbauend auf die französische Regulationstheorie, gramscianische, neogramscianische und diskurstheoretische Überlegungen schließlich eine eigene Analyseperspektive zum Vergleich der nationalen Entwicklungspfade Deutschlands und Frankreichs am Beispiel der arbeits- und sozialpolitischen Projekte erarbeitet. Die Darstellung des Forschungsdesigns endet mit dem methodologischen Vorgehen der Arbeit.

2.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsstand

Die wissenschaftliche Forschung zu den Ursachen, dem Verlauf, den Determinanten des politischen Krisenmanagements und den Folgen der verschiedenen Krisenphänomene parallelisieren und spiegeln öffentliche Debatten. Die Krise hat massive soziale, gesellschaftliche, politische, demokratische und integrationsspezifische Auswirkungen. Die Fokussierung auf Haushaltskonsolidierung in der zweiten Krisenphase verdrängt Debatten über die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs von der politischen Agenda. Die Kürzungsprogramme in den europäischen Mitgliedsstaaten führen meist zur weiteren Reform und zum Zurückdrängen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements (vgl. Rueda 2012: 390). In dieser Arbeit sollen diese Aspekte wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden. Arbeits- und sozialpolitische Projekte können nicht losgelöst vom nationalen und europäischen Entwicklungspfad betrachtet werden.

Es gibt eine umfassende wissenschaftliche Literatur zu kapitalistischen Entwicklungspfaden und deren Veränderungen. Häufig konzentriert sich diese im Fall der kontinentaleuropäischen Kapitalismusmodelle auf Veränderungen in der Firmenführung, dem Finanzierungssystem und Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen

(vgl. A. Busch 2005: 129f). Der politökonomische Anpassungsdruck, der über die europäische Wirtschafts- und Währungsintegration vermittelt wird, gerät oft in den Hintergrund. Nur wenige Forscher_innen arbeiten an der Schnittstelle zwischen der Kapitalismus- und der Europäisierungsforschung (vgl. Höpner und Schäfer 2008: 12f). Einige Ausnahmen bilden Studien von V. A. Schmidt (2002) und Amable (2003), die beide den Wandel der kontinentaleuropäischen Modelle auf die europäische Integrationsweise zurückführen. Allerdings gehen diese Veränderungen noch nicht so weit, als dass von einem neuen Modell zu sprechen ist (vgl. ebd.: 265, V. A. Schmidt 2002: 310). An diese Studien gilt es, anzuknüpfen. Aktuellere Studien mit einem starken Fokus auf die Krise finden sich etwa in einem von Lehnendorff (2012) editierten Sammelband. Die Kapitalismusmodelle werden als Erklärung für die spezifische Krisenbetroffenheit und die teilweise unterschiedlichen politischen Reaktionen auf die Krise untersucht. Inwiefern die Krise bestehende Veränderungstendenzen der kontinentaleuropäischen Entwicklungspfade verstärkt oder zurücknimmt, liegt außerhalb der Reichweite des Buches.

Gerade bei Fragen, die entweder die Qualität der Veränderungen betreffen oder einen Paradigmenwechsel untersuchen wollen, ist die Forschung uneinig. Unterschiedliche Kriterien verwendet führen hier zu unterschiedlichen Einschätzungen. Die institutionalistische Literatur sieht als Ursachen für tief greifenden Wandel meist exogene Schocks (vgl. Campbell 2004: 5, Hall 2006: 188). Die Krisenprozesse könnten als solche gefasst werden. Somit stellt sich die Frage, inwiefern Prozesse der Konsolidierung und Reproduktion gerade in der Krisenphase, die aus Sicht vieler Kommentator_innen eine starke Erschütterung kollektiver Wahrheiten darstellt, stattfinden. Inwiefern diese Erschütterungen auch wohlfahrtsstaatliche Arrangements betreffen, wird in der wissenschaftlichen Literatur bald diskutiert.

In der wohlfahrtsstaatlichen Forschung gibt es einige Artikel und Bücher zur Kontinuität und zu Brüchen in der Sozialpolitik während der Krise. Die Forschung konzentriert sich zunächst auf detaillierte häufig eher deskriptive Untersuchungen, insbesondere zu Folgen der Krise, oder die Veröffentlichungen haben die Krise noch nicht thematisiert. So beschreibt z.B. Vail (2010) in einer umfassenden Studie die Veränderungen in der wohlfahrtsstaatlichen Politik in Deutschland und Frankreich bis zum Beginn der Krise. Die Krise selbst konnte dann nur nachträglich und sehr tentativ im Schlussteil aufgegriffen werden, in dem die Bedeutung der politischen Bearbeitung der Krise für den weiteren Verlauf der Krise und der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements genannt wird (172). Auch Beiträge in einem Sammelband zur europäischen Beschäftigungsstrategie *Europe2020*, der stärker Politik beratend ausgerichtet ist, thematisieren die Krise nur am Rande (vgl. Marlier und Natali 2010). Die Krisendiskussion dreht sich um die Folgen oder *aftershocks* der Krise und welche Herausforderungen diese für die Politik bedeuten (vgl. Liddle u. a. 2010). Für die Untersuchung der Beschäftigungspolitik in der Krise ist im europäischen

Kontext häufig das Konzept der *flexicurity* zentral. So untersucht z.B. Heyes (2011), inwiefern dieses von der Europäischen Kommission entwickelte Konzept nationale Beschäftigungsregime beeinflusst. Die Krisenprozesse werden als eine Beschäftigungskrise insbesondere für gefährdete Gruppen gefasst (vgl. ebd.: 652). Auch in detaillierteren Sammelbänden z.B. zur deutschen Sozialpolitik spielt die Krise nur eine marginale Rolle (vgl. Bispinck u. a. 2012). Nur ein Beitrag darin trägt die Krise im Titel (vgl. Stapf-Finé 2012). Er behandelt die kompensierende Funktion der Sozialpolitik in Zeiten der Rezession (109) und die darauffolgende Bedrohung sozialstaatlicher Programme durch die Austeritätsagenda (112). Dass es eigentlich Aufgabe sozialpolitischer Maßnahmen ist, die Folgen der Krise abzufangen und diese deshalb in der Krise möglichst noch gestärkt und ausgebaut werden sollte, schwingt häufig in Analysen zu besonders betroffenen Personengruppen mit.

Die Folgen der Krise für gefährdete Gruppen, z.B. junge Menschen (vgl. Chung u. a. 2012) oder Frauen (vgl. Maier 2011), stehen auch im Vordergrund statistischer Erhebungen und Berichten, etwa von der *International Labour Organisation* (ILO) oder *European Trade Union Institute* (ETUI). In der stärker theoriegeleiteten Forschung werden die Folgen der Krise und ihrer politischen Bearbeitung meist über die Unterscheidung zwischen *insider/outsider-politics* zurückgehend auf Rueda (2007) aufgegriffen (vgl. z.B. Gautié 2012). *Insider* sind Beschäftigte, die eine recht sichere Stellung im Arbeitsmarkt haben, das bedeutet zumeist unbefristete Verträge und einen guten Kündigungsschutz. *Outsider* hingegen befinden sich in prekären oder gar keinen Beschäftigungsverhältnissen. Häufig sind sie zudem Geringqualifizierte mit wenig Aufstiegschancen (vgl. Rueda 2012: 374). Aus dieser Arbeitsmarktposition heraus determiniert sich die Präferenz dieser Gruppe. Das bedeutet für die Kernarbeiter_innenschaft sind Themen der Existenzsicherung, Arbeitslosengeld und soziale Inklusion nicht so drängend. Darüber werden dann die Veränderungen in westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten hin zu *workfare*-Staaten erklärt:

„The evolution of labor market policy since the 1970s in most OECD countries is significantly affected by the power of insiders and, in particular, their connections to electorally successful Left parties (see Rueda 2007). The pattern of demanding or enabling workfare policy is no exception.“ (vgl. ebd.: 374)

Während diese Unterscheidung Aufschluss darüber geben kann, welche Spannung z.B. gewerkschaftliche Akteur_innen aufgreifen müssen, halte ich die Argumentationskette für zu kurz angelegt. Als relevante Akteur_innen in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik erscheinen hier nur abhängig Beschäftigte. Diese beeinflussen aus der Perspektive politische Parteien, während die Rolle der Unternehmer_innen ignoriert wird. Dabei ist gerade interessant, wie es Unternehmer_innen gelingt, ihre Präferenz für niedrige Lohnstückkosten und eine Angebotsorientierung der Arbeitsmarktpolitik so zu verallgemeinern, dass die Kernarbeiter_innenschaft sol-

chen Reformen zustimmt. Die Krise bildet einen besonderen Kontext, weil sie einerseits Ängste auch in der Kernarbeiter_innenschaft schürt, andererseits auf Grund der anscheinenden Dringlichkeit und Notwendigkeit der Krisenbearbeitung einen schnelleren politischen Prozess, in dem sonst schon marginalisierte Stimmen noch weniger rezipiert werden, erzeugt.

In der Literatur, die die politischen Reaktionen auf die Krise analysiert, existieren strukturelle und ideelle Erklärungsansätze. Strukturelle Ansätze zielen häufig auf institutionelle Arrangements ab, um die politischen Programme erklären. In der Krise gewinnen ideelle Erklärungen an Gewicht, da viele Beobachter_innen die Krise als eine besondere Konstellation fassen, in der tradierte Annahmen in Frage gestellt werden (vgl. Vail 2011: 5). Es fällt beiden Ansätzen schwer, strukturelle Faktoren und ideelle Faktoren zusammen zu denken. Viele diskursorientierte Analysen (vgl. z.B. V. A. Schmidt 2013, Vail 2011, Schelkle 2012) geben Gewinn bringende Einblicke in die Diskurse auf politischer Ebene, ignorieren aber strukturelle Faktoren, die ebenfalls zur Erklärung der politischen Reaktionen herangezogen werden müssen. So finden sowohl Schelkle (2012: 143f) als auch Vail (2011: 15) überraschend, dass das französische Konjunkturpaket so klein war. Mit einem Blick auf die Krisenbetroffenheit in dem frühen Zeitraum der Krise lässt sich dies auflösen: Frankreichs Wirtschaft brach im europäischen Vergleich am wenigsten ein, auch der französische Bankensektor war weniger in die Krisenprozesse verstrickt als etwa der deutsche und der amerikanische Bankensektor (vgl. Howarth 2013). Deshalb entstand weniger Dringlichkeit für weitreichende Maßnahmen, dies muss aber mit den vorherrschenden Diskursen und deren Rückhalt in der Gesellschaft rückgekoppelt werden. Schelkles Ausführungen, welche wirtschaftliche Statistiken als Erklärungsfaktoren zurückweisen wollen, schaffen keine Verknüpfung dieser Strukturen und Daten mit den Diskursen. Hinzu kommt, dass meist nur die Diskurse der politischen Elite als relevant erachtet werden und damit die Rolle anderer Akteur_innen systematisch ausgeblendet wird. Dieser Eliten-*bias* ist problematisch, da er die politischen Kämpfe und daraus resultierenden Kompromisse ignoriert. Zudem reproduziert er die Vormachtstellung dieser Eliten. Hinzu kommt, dass das Handeln der politischen Eliten losgelöst vom Rückhalt dieser Eliten und deren Diskurse in der Gesellschaft analysiert wird (eine Ausnahme ist hier Schmidt 2013), obwohl gerade diese Legitimationsstrategien im zivilgesellschaftlichen Bereich wichtig für die Durchsetzung spezifischer Narrative sind.

Folgende Lücken sind in der wissenschaftlichen Literatur, die sich um die Themenbereiche Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der Krise drehen, erkennbar. So werden erstens die politischen Prozesse, welche die Krisenbearbeitung bestimmen und damit einen entscheidenden Beitrag zum Krisenverlauf beitragen, nur ungenügend analysiert und hinterfragt. Zweitens werden bei der Untersuchung einzelner Reformen der weitere Kontext des kapitalistischen Entwicklungspfades und

der spezifischen europäischen Integrationsweise selten mit thematisiert. Drittens scheint die Debatte über die Veränderungen oder Kontinuität von kapitalistischen Entwicklungspfaden verstummt zu sein, obwohl die Krise aus institutionalistischer Sicht großes Veränderungspotenzial mit sich bringt.

Das Erkenntnisinteresse meiner Arbeit liegt darin begründet zu erforschen, inwiefern arbeits- und sozialpolitischen Projekte in der Krise und mit Hilfe der Krisendiskussion die Veränderung der kontinentaleuropäischen Entwicklungspfade stärken oder abschwächen und wer die Träger_innen dieser Projekte sind. Ich möchte gleichzeitig deutlich machen, wie in den politischen Debatten zu diesen Projekten die grundlegenden Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise reproduziert und legitimiert werden. In Deutschland sehen einige Forscher_innen den Paradigmenwechsel in der Beschäftigungspolitik schon vollzogen und prognostizieren, dass der Reformschwerpunkt in Zukunft auf dem Gesundheitssystem liegen wird (vgl. Hanesch 2012: 36). Auch in Frankreich sind einige arbeits- und sozialpolitische Reformen vor der Krise zu beobachten, diese sind allerdings vorerst weniger deutlich als die deutschen. Dieser Kurs wird in Frankreich in der Krise verstärkt, während in Deutschland zurzeit konsolidiert wird: Insbesondere weitere Reformen des Rentensystems standen in Frankreich 2013 zur Diskussion. 2015/2016 ist die Lockerung der gesetzlich festgelegten Wochenarbeitszeit und die Deregulierung von Arbeitsverträgen das zentrale Thema. In dieser Arbeit sollen arbeits- und sozialpolitischen Projekte zur Absicherung von Arbeitslosigkeit und Ruhestand wie die Projekte zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, das Prinzip des Forderns und Förderns, die Ausweitung der Lebensarbeitszeit sowie die Stabilisierung der Beschäftigungsquote durch öffentliche Unterstützung im Vordergrund stehen. Teile des Austeritätsprojekts sind von Interesse, wenn insbesondere Ausgaben der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen gestrichen werden und verteilungspolitische Fragen im Hinblick auf die Einnahmen deutlich werden. Des Weiteren ist zu untersuchen, inwiefern sich in der Krise der politische Prozess selbst ändert. Dies betrifft insbesondere die Beteiligung der Sozialpartner_innen (vgl. Urban 2012a). Daraus ergibt sich meine Arbeitshypothese: Die kapitalistischen Entwicklungspfade Deutschlands und Frankreichs befinden sich in einem asymmetrischen und ungleichzeitigen Anpassungsprozess. Verschiedene Akteur_innen drängen auf diesen Prozess und ringen im Kontext europäischer Integration und der Krise um Einfluss. In der Beschäftigungs- und Sozialpolitik hat Deutschland vor Frankreich dereguliert/modernisiert, kurz vor und in der Krisenphase zieht Frankreich langsam nach. Dieser Prozess scheint in Deutschland harmonischer zu sein, da es den dominanten Akteur_innen gelingt, die Konsolidierung der Reformprozesse als notwendig, alternativlos und richtig zu konstruieren. Währenddessen ist der Prozess in Frankreich umkämpfter. Das heißt, es gibt es mehr Akteur_innen, die sich dem wirtschaftlichen Anpassungsdruck widersetzen.

Im Folgenden beleuchte ich theoretische Ansätze zu kapitalistischen Entwicklungspfaden und zu sozioökonomischen Grundlagen der politischen Ökonomie, um aus ihrer Kritik eine eigene Analyseperspektive zu entwickeln. Im Rahmen der Diskussion um die Analyseperspektive, das Forschungsdesign und die methodischen Überlegungen werde ich meine Forschungsfrage und Arbeitshypothese noch weiter präzisieren.

2.2 Varieties of Capitalism: der institutionalistische Referenzpunkt

Seit Ende des Kalten Krieges hat sich der Fokus in der Kapitalismusforschung verschoben: Nun rückten die Unterschiede zwischen verschiedenen nationalen ‚Kapitalismusmodellen‘ in den Vordergrund (vgl. Coates 2013: 22). In weiten Teilen der wissenschaftlichen Literatur ist der Fokus auf Institutionen zentral (vgl. ebd.: 28f). Gleichzeitig war in den 1990er Jahren in der politikwissenschaftlichen Forschung die These verbreitet, eine angleichende Tendenz der kapitalistischen Entwicklungspfade auf Grund der stärker werdenden Einflüsse durch die Globalisierung sei zu konstatieren. Diese ‚Globalisierungsdebatte‘ zog schließlich eine Gegenreaktion nach sich und so ist spätestens seit Anfang der 2000er Jahre eine erstarkte Diskussion zur ‚Persistenz der Differenz‘ zu beobachten, der sich an der zentralen Stellung, die der VoC-Ansatz (vgl. Hall und Soskice 2001) in der vergleichenden Kapitalismusforschung einnimmt, ablesen lässt. Die ‚Persistenz der Differenz‘ führt häufig dazu, dass der Wandel dieser Institutionen und Entwicklungspfade kaum theoretisch unterfüttert wird. Stetiger Wandel ist inkrementell und auf geändertes Verhalten der Akteur_innen zurückzuführen (vgl. Hall 2006: 192f), Krisen hingegen werden als exogene Schocks verstanden, welche zu weitreichenden Veränderungen führen können (vgl. Campbell 2004: 5, Hall 2006: 188). Stellvertretend für die breite institutionalistische Forschung wird der VoC-Ansatz vorgestellt. In der Forschungsgemeinschaft hat er eine Ausdifferenzierung durchlaufen, die sich aber häufig eher in der Verbreiterung der empirischen Anwendungsbereiche ausdrückt als in einer theoretisch-konzeptionellen Überarbeitung.

Aus einer firmenzentrierten, institutionalistischen Perspektive werden nationale Kapitalismusmodelle in fünf Sphären unterteilt. Firmen werden als die zentralen Akteur_innen in einer kapitalistischen Wirtschaft identifiziert, die nach *rational-choice* Überlegungen handeln und Koordinationsprobleme in verschiedenen Bereichen lösen müssen (vgl. Hall und Soskice 2001: 6). Die fünf Sphären umfassen die industriellen Beziehungen, Aus- und Weiterbildungssysteme, Firmenführung, Beziehungen zu den eigenen Angestellten und die Beziehungen zwischen den Firmen (vgl. ebd.: 7f). Die Lösung dieser Koordinationsprobleme in diesen Sphären fällt unterschiedlich aus. Daraus werden zwei Typen – *liberal market economy* (LME) und *coordinated market economy* (CME) – abgeleitet. In liberalen Marktwirtschaften

werden die Koordinationsprobleme mit Hilfe von Marktmechanismen gelöst, koordinierte Marktwirtschaften funktionieren wiederum stärker über nicht-marktförmige Beziehungen (vgl. ebd.: 8). Am Beispiel der USA für die LME und Deutschland für die CME wird dies verdeutlicht: In Deutschland gibt es mit dem ‚Hausbank‘-System eine vertrauensbasierte Finanzierung der Firmen über ‚geduldiges Kapital‘. Die Gewerkschaften sind über Betriebsräte in die Firmenführung eingebunden. Entscheidungen sind weniger von kurzfristigen Gewinnchancen abhängig, zumal der Einfluss von Aktienanteilhhaber_innen (*shareholder*) geringer ist. Firmen sind außerdem bereit, in das Ausbildungssystem zu investieren, da (Firmen-)spezifische Fähigkeiten benötigt werden, um die qualitativ hochwertige Produkte herzustellen. Deswegen besteht ein Interesse daran, eingearbeitete Arbeitskräfte zu halten. Auch die Beziehungen zu anderen Firmen, etwa zu Zuliefer- und Vertriebsfirmen, sind mittel- bis langfristig angelegt (vgl. ebd.: 22ff). Im Gegensatz dazu konkurrieren die Firmen in den USA – also in LMEs – stärker miteinander, was die Beziehungen zwischen den Firmen wettbewerbsorientierter macht. Das Ausbildungssystem fördert allgemeine Fähigkeiten und die Bindung der Beschäftigten an ein bestimmtes Unternehmen ist schwächer. Ebenso findet mehr Wettbewerb um Arbeitsplätze und um hoch qualifizierte Arbeitnehmer_innen statt. Insgesamt ist dieses System flexibler und stärker auf kurzfristige Gewinne und Konkurrenz ausgerichtet (vgl. ebd.: 27ff). Frankreich zählt in der VoC-Literatur zu den CMEs. Erweiterungen des Ansatzes definieren einen eigenen Typ für Frankreich und die südeuropäischen Volkswirtschaften: die *Mixed Market Economy* (vgl. Molina und Rhodes 2008). Allerdings passt Frankreich hier ebenfalls nicht ganz ueberzeugend (vgl. Milner 2014: 195f.).

Diese unterschiedliche Ausgestaltung der verschiedenen Sphären bilden ‚institutionelle Komplementaritäten‘ (vgl. Hall und Soskice 2001: 7f). Das heißt, die verschiedene Ausformung passt in den beiden Idealtypen zueinander, so dass eine effiziente Funktionsweise und unterschiedlich gelagerte komparative Wettbewerbsvorteile für die Kapitalismusmodelle entstehen (vgl. ebd.: 18). Wirtschaftswachstum ist in beiden Modellen möglich. So haben koordinierte Marktwirtschaften in der Entwicklung inkrementeller Innovationen hoch qualitativer Güter einen Vorteil, ermöglicht durch die Finanzierungssicherheit im ‚Hausbank‘-System und die Ausbildung hoch qualifizierter Beschäftigter. Liberale Marktwirtschaften sind dagegen erfolgreicher bei radikalen Innovationen und Gütern, bei denen der Preiswettbewerb Vorrang vor der Qualität hat, da radikale Innovationen und Preiswettbewerb durch Marktkonkurrenz am besten gefördert werden können (vgl. ebd.: 39f). Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Kapitalismusmodelle sollte in der VoC-Logik die Unterscheidungsmerkmale stärken: CMEs sollten die Koordination in den Arbeitsbeziehungen stützen, LMEs die Regelung durch den Markt sicherstellen (vgl. Kesting und Nielsen 2008: 366).

Die Stärken des Ansatzes bestehen in seiner zugänglichen Logik und Systematisierung (vgl. Bohle und Greskovits 2009: 359). Zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung (2001) hat er außerdem einen wichtigen Beitrag zur Globalisierungsdebatte geliefert, indem er sich gegen die These der Angleichung aller Kapitalismusmodelle an eine Form des globalisierten angelsächsischen Kapitalismus wendete¹. Zudem brachte er eine Belebung der institutionalistischen Debatte mit sich, wirkte für viele Forscher_innen inspirierend und bleibt deshalb Referenzpunkt in der vergleichenden Kapitalismusforschung (vgl. Coates 2013: 29f).

Die Schwächen des *Varieties of Capitalism*-Ansatzes wurden schon vielfältig diskutiert und sollen deshalb nicht allgemein wiederholt werden (für detailliertere Diskussionen und Kritik, s. Bruff, Ebenau u. a. 2013, Hancké u. a. 2008, Bruff und Horn 2012, Deeg und Jackson 2006). Für meine Forschungsarbeit sind folgende Schwächen zentral: Durch seine Ansiedlung auf der Mesoebene über den Firmenzentrismus ignoriert VoC wichtige Makro- und Mikrofaktoren. Da in dieser Arbeit Veränderungen und Zusammenhänge auf der makroökonomischen Ebene untersucht werden sollen, ist dies – neben anderen Grenzen, die die Firmenzentrierung mit sich bringt – ein klarer Nachteil. Des Weiteren führt das eingleisige Institutionenverständnis und seine statische Ausrichtung (vgl. Jessop 2013a: 56) zu Problemen bei der Erklärung von Wandel und Krisen. Ebenso wenig hilft die CME/LME-Unterscheidung für die Erklärung unterschiedlich gearteter Krisenbetroffenheiten. Diese Schwierigkeiten bei der Erklärung von Wandel hängen mit der untertheoretisierten Rolle politischer Akteur_innen und der fehlenden Konzeption der makroökonomischen Ebene zusammen. Staatliches Handeln wird durch die VoC-Brille nur als Reaktion auf Firmenpräferenzen interpretiert. Dies ist in dieser Perspektive unproblematisch, weil ein gleichgewichtsorientiertes Bild von wirtschaftlich orientiertem Handeln zu Grunde liegt, das Wirtschaftswachstum als Ziel für das Gemeinwohl impliziert. Dass dieses Verständnis problematisch ist, wurde durch die Krise erneut demonstriert. Gerade die Auseinandersetzungen um die Vorstellungen und Modellierungen politökonomischer Ordnung sind aus kritischer Perspektive in den Vordergrund zu rücken. Zusätzlich hat die Krise gezeigt, dass die internationalen Verflechtungen inzwischen zentral für die Erklärung politökonomischer Verschiebungen sind. Beim VoC-Ansatz führt der Fokus auf nationale Kapitalismusmodelle dazu, dass die internationale Ebene nur als Konkurrenz konzeptionalisiert wird, in der es gilt, komparative Wettbewerbsvorteile auszubauen, internationale Verflechtungen und gemeinsame Tendenzen hingegen bleiben außen vor (vgl. ebd.: 55). Dazu kommt, dass diese Konkurrenz als sehr natürlich und vorteilhaft konzeptionalisiert wird. Die nationalen Wettbewerbsvorteile entstehen aus der Besetzung verschiedener Nischen oder Akkumulationsstrategien (inkre-

¹ Auch wenn Hall und Soskice weder die ersten noch die einzigen waren, die diese These stark machten.

mentelle gegen radikale Innovation, Qualität gegen Preis) und zudem in einem scheinbar neutralen internationalen Raum, in dem alle Volkswirtschaften die gleichen Chancen zum Wettbewerbsvorteil haben. Dies ist aber wiederum irreführend, da auch der internationale Raum von Machtverhältnissen durchzogen ist. Außerdem konkurrieren Unternehmen nicht nur in verschiedenen Nischen sondern auch in denselben Sektoren und Produktmärkten. Die Kosten dieser Konkurrenz müssen dann wiederum von jemandem getragen werden, was erneut den widersprüchlichen und umkämpften Charakter von politökonomischen Dynamiken aufzeigt. In dieser Forschungsarbeit stellt die nationale Ebene zwar die zentrale Analyseebene dar, die Analyse selbst soll allerdings gerade die europäischen Verwicklungen und die angesprochenen inter- und internationalen Macht- (und Ausbeutungs)verhältnisse herausarbeiten. Des Weiteren ist zu problematisieren, dass „Erfolg“ der kapitalistischen Entwicklungspfade als wirtschaftlicher Erfolg gilt (vgl. Hall und Gingerich 2009: 449), also auf die Fähigkeit der Wirtschaft, Wachstum zu erzeugen, abgezielt wird. Wie oben schon erwähnt, ist die Annahme, dass Wachstum dem Gemeinwohl schon ausreichend diene, problematisch. Eine kritische Perspektive verdeutlicht, dass Gesellschaften, deren primäres Ziel es ist, möglichst viel zu produzieren, zu arbeiten und zu konsumieren, soziale und ökologische Probleme für sich und andere erzeugen (vgl. Lessenich 2016).

In Bezug auf das Feld der Arbeits- und Sozialpolitik konzentrieren sich VoC-Autoren meist auf die Interessen der Unternehmen, um bestimmte sozialpolitische Maßnahmen zu erklären. Diese verkürzte Darstellung vernachlässigt weitere relevante Akteur_innen in der wohlfahrtsstaatlichen Politik. Hinzu kommt ein recht enger Begriff von sozialstaatlicher Absicherung von Lebensrisiken, der sich fast ausschließlich auf die Risiken in Bezug auf den Wegfall der Nachfrage nach spezifischen erworbenen Fähigkeiten der Beschäftigten bezieht (vgl. Korpi 2006: 177). Daneben gibt der Ansatz wenig Anhaltspunkte darüber, über welche Prozesse und Mechanismen sich die angenommen Präferenzen für sozialstaatliche Politik der Unternehmen in tatsächliche politische Vorgaben umsetzen. Auch Ansätze, die versuchen VoC mit Wohlfahrtsstaatstypologien wie der von Esping-Andersen zu kombinieren (vgl. M. Schröder 2009), weisen Grenzen auf, da sie funktionalistisch argumentieren. Die beiden Kategorisierungen werden übereinander gelegt: liberale Marktwirtschaften treffen mit liberalen Wohlfahrtsstaaten zusammen, koordinierte Marktwirtschaften mit einem sozialdemokratischen oder konservativen Wohlfahrtsstaat (vgl. ebd.: 26). Über welche Prozesse sich diese Arrangements herausbilden und reproduziert werden, bleibt bei Schröder trotz der Verknüpfung mit Esping-Andersens klassenbasiertem Erklärungsansatz rudimentär. Vielmehr knüpft er stark an die VoC-Konzeption mit der Firmenperspektive und *rational-choice*-Überlegungen aller Akteur_innen an (vgl. ebd.: 28ff).

VoC-inspirierte Überlegungen haben in der Krise keinen neuen Impetus entwickelt. Wie Bruff und Horn (2012) feststellen, gibt es weder eine Reflexion, was die Krise für die theoretischen Konzepte des Ansatzes bedeuten könnte, noch wird die Krise als endogen analysiert (163). Vielmehr werden exportorientierte und importorientierte Wachstumsstrategien als institutionelle Komplementarität in CMEs und LMEs gefasst. Die Probleme der südeuropäischen Länder innerhalb der Eurozone führt Hall auf deren importorientierte Wachstumsstrategie, der aber die komplementierenden LME-Institutionen zu einem erfolgreichen Umsetzen dieser Strategie fehlen, zurück (vgl. Hall 2012: 358f). Diese Erklärung von Hall lässt einige Fragen offen, etwa nach der Rolle internationaler Verflechtungen und der eigenständigen Dynamik des Finanzsektors (vgl. zu diesem Kritikpunkt auch Heyes u. a. 2012: 232). Unklar bleibt, warum diese Akkumulationsstrategien von wem gewählt werden und wie sich deren Absicherung herausbildet.

Auf Grund der genannten Grenzen des VoC-Ansatzes wird im Folgenden die Regulationstheorie ausführlicher vorgestellt, da sie viele der genannten Schwächen nicht aufweist und deshalb als Grundbaustein der zu erarbeitenden Analyseperspektive dienen soll.

2.3 Regulationstheorie: marxistisch fundierter Kapitalismusvergleich

Die Ursprünge der Regulationstheorie liegen etwas weiter zurück als die des VoC-Ansatzes haben aber als Fokus ebenfalls die Entwicklungsweise nationaler Volkswirtschaften. Sie basiert auf der Dissertation (1979) des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Aglietta und Arbeiten von Lipietz. An diese frühen, marxistisch geprägten Ansätze möchte ich hier anknüpfen. Seitdem hat sich in Frankreich ein eher institutionalistischer Zweig herausgebildet. Diese Pariser Schule wird maßgeblich von Boyer geprägt. Für die deutsche Debatten haben J. Becker (2002) und Bieling (2013d) den Ansatz aufgegriffen. Hier ist er stärker an die frühen Arbeiten zurückgebunden. In diesen Arbeiten wird er stärker auf die Interaktionen verschiedener Entwicklungspfade innerhalb der EU angewendet.

Die Regulationstheorie verfügt über ein komplexes Theoriegebäude. Ihre zentralen Konzepte sind die der Regulationsweise und des Akkumulationsregimes.

„Das Akkumulationsregime ist ein Modus systemischer Verteilung und Re-allokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw. ...) herstellt.“ (Lipietz 1985: 120)

Es geht darum, wie das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion ausgestaltet ist und wie Mehrwert innerhalb einer Gesellschaft geschaffen und verteilt wird. Das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion ist generell konfliktiv (vgl. Jessop 1990b: 174). Das Akkumulationsregime kann nach J. Becker (2002) mit drei Achsen beschrieben werden. In Bezug auf die produktive Akkumulation bilden das extensive und das intensive Akkumulationsregime zwei analytische Pole. Extensive Akkumulation beschreibt die Generierung des Mehrwerts durch Mehrproduktion mit Hilfe einer Ausweitung der Arbeitszeit oder einer Intensivierung der Arbeit, d.h. Steigerung der Arbeitsproduktivität. Intensive Akkumulation wiederum generiert Mehrwert, indem Güter günstiger verkauft und durch die Lohnabhängigen deshalb vermehrt konsumiert werden (vgl. J. Becker und Jäger 2010: 6). Zudem kann zwischen extrovertierter und introvertierter Akkumulation unterschieden werden. Die introvertierte Akkumulation richtet sich nach innen, das Zentrum der Akkumulation liegt auf den Binnenmärkten, während sich die extrovertierte Akkumulation nach außen richtet. Aktive extrovertierte Akkumulation beschreibt eine Exportorientierung, während passive extrovertierte Akkumulation eine Importorientierung benennt (vgl. ebd.: 7). Eine weitere Achse zur Bestimmung des Akkumulationsregimes ist die Frage nach der Dominanz entweder des Finanz- oder des Industriekapitals (vgl. J. Becker 2002: 74). Im dominant finanziellen Akkumulationsregime kommt dem Finanzsektor volkswirtschaftlich gesehen eine zentrale Bedeutung zu. Die Gegenüberstellung von Finanz- und Industriekapital kann aber nur relativ gesehen werden, da eine Verschränkung zwischen Finanzsektor und Industrie bestehen bleibt (vgl. ebd.: 76).

Die Regulationstheorie bezeichnet die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Mitte der 70er Jahre für die westlichen Industrienationen als die „goldenen Jahre“ des Fordismus, also der intensiven Akkumulation, in der Massenproduktion durch Massenkonsum gestützt wurde (vgl. Lipietz 1985: 124, Lipietz 2001: 18). Durch verschiedene Entwicklungen wie die Tertiarisierung, die Finanzialisierung und die Internationalisierung haben sich die Akkumulationsregime seitdem gewandelt. In Deutschland ist eher von einem intensiven Akkumulationsregime mit einer extensiven Reformstrategie zu sprechen, zudem weist die starke Exportorientierung auf eine aktive Extraversion hin. In Frankreich hingegen sind weiterhin die Grundzüge eines intensiven Akkumulationsregimes zu beobachten, im Produktionssektor ist außerdem eine introvertierte Akkumulation zu beobachten (vgl. J. Becker und Jäger 2010: 11). Gesamtwirtschaftlich gesehen zeigt Frankreich dann eine eher passive Extraversion. Die globale Konstellation betreffend wird häufig von einem finanzgeführten (*finance-led*, vgl. Boyer 2000) oder finanzdominierten Akkumulationsregime gesprochen. Die Herausbildung eines neuen Regimes nach der Zeit des Fordismus war aus regulationstheoretischer Sicht nicht einfach zu benennen. Dies liegt u.a. daran, dass Finanzialisierungsprozesse zwar die Akkumu-

lation prägen, Wirtschaftswachstum aber nicht unmittelbar über den Finanzsektor generiert wird (vgl. Stockhammer 2008: 185). Dies gilt insbesondere für die kontinentaleuropäischen Länder, in denen sich eine lange Zeit relativ stabile fordistische Entwicklungsweise herausgebildet hat. In den europäischen Ländern schreiten zudem Deindustrialisierungsprozesse langsamer voran als etwa in den USA oder Großbritannien.

Aus Sicht der Regulationstheorie sind diese ökonomischen Strukturen nur ein Anfang zur Analyse politischer Ökonomien. Um Ökonomismus zu vermeiden, sind Akkumulationsregime daher in Verbindung mit dem zweiten zentralen Konzept der Regulationstheorie zu setzen: der Regulationsweise.

„(...) Regulationsweise [beschreibt] die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus.“ (Lipietz 1985: 121)

Die Regulationsweise stabilisiert das Akkumulationsregime. Sie umfasst nicht nur politische Institutionen und Akteur_innen, welche bestimmte Formen und Normen festlegen und prägen, sondern auch alle Mitwirkenden des Produktionsprozesses, die diese Normen reproduzieren. Die Genese spezifischer Regulationsweisen ist historisch kontingent (vgl. Jessop 2002: 101). Ebenso können tendenziell instabile Kombinationen aus Akkumulationsregimen und Regulationsweisen entstehen. Die Regulationsweise ist gerade nicht als ein durch das Akkumulationsregime bestimmtes Phänomen zu analysieren, sondern vielmehr als eigenständiges Terrain mit spezifischen Dynamiken. Zudem gestaltet sich das Zusammenspiel von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen historisch und räumlich unterschiedlich. Regulationsweise und Akkumulationsregime bedingen sich, da sie sich gemeinsam entwickeln. Sie stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Zwei idealtypische Regulationsweisen können unterschieden werden: Die konkurrenzuelle Regulationsweise, die dem Konzept der *liberal market economy* zu ähneln scheint. Der Staat und die Geldpolitik der (meist unabhängigen) Zentralbank greifen kaum in den Markt ein, individuelle Arbeitsverträge und Lohnflexibilität sowie Konkurrenz um Preise sind zentral. Dem gegenüber steht die monopolistische Regulationsweise. In dieser agiert staatliche Politik aktiver und setzt häufig keynesianische Wirtschaftspolitik um. Sie ist zudem geprägt von kollektiven Tarifverträge und oligopolistische Konkurrenzformen (vgl. J. Becker 2002: 103).

Diese Ausführungen deuten an, dass die Regulationsweise aus verschiedenen strukturellen Formen erwächst: Drei strukturelle Formen sind für Aglietta (1979) zentral: das Lohnverhältnis (*wage relation*), die Konkurrenzform und die Geldrestriktion (*monetary constraint*). Daran anknüpfend haben neuere Arbeiten fünf ‚institutionelle Formen‘ entwickelt: Geldbeschränkung, Lohnverhältnis, Form der

Konkurrenz, Form der Einbindung in das internationale System und Form des Staates (vgl. Boyer 2004: 39). Auch die zwei neuen Formen kann man als strukturell fassen und operationalisieren. Das Lohnverhältnis meint die Richtung und Form der Produktivkraftentwicklung, für welche die Kontrolle der Arbeitskraft zentral ist, die Modi der Arbeitszeitbestimmung und der Lohnfindung (einschließlich der sozialen Absicherung) sowie die Herausbildung gesellschaftlicher Konsumnormen (vgl. J. Becker 2002: 82). Mit der Konkurrenzform wird häufig die Konkurrenz zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen oder Unternehmen beschrieben. Daneben scheint es sinnvoll, die Konkurrenzform nicht allzu eng zu fassen und auch Wettbewerb und Konkurrenz zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, den Geschlechtern u.ä. zu thematisieren (vgl. ebd.: 160). In den meisten regulationstheoretischen Arbeiten ist das Lohnverhältnis auf Grund seiner bedeutenden Stellung im Fordismus zentral (vgl. Grahl und Teague 2000: 160). Im finanzdominierten Akkumulationsregime verliert das Lohnverhältnis aus Sicht der neueren regulationstheoretischen Analysen an Bedeutung (vgl. Boyer 2000: 112). Das hängt aber auch damit zusammen, dass sich der Ansatz unter institutionalistischen Vorzeichen von der Zentralität des Lohnverhältnisses und dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital entfernt. Die Ausgestaltung von Arbeit und die Sicherung bestimmter Kompromisse zwischen Arbeiter_innenbewegung und Kapital sind im Zusammenhang mit der Absicherung von Risiken durch die Sozialpolitik weiterhin zentral für die Legitimation der gesellschaftlichen Formation innerhalb der Gesellschaften und bleiben deshalb im finanzdominierten Kapitalismus wichtig (vgl. Jessop 2013b: 18). Die Beziehungen zwischen den institutionellen oder strukturellen Formen und ihre spezifische Ausprägung müssen dann empirisch und nicht theoretisch identifiziert werden. Da die Akkumulationsstrategie die strukturellen Formen zwar prägt aber nicht determiniert, können stärker widersprüchliche Konstellationen entstehen, die zu Krisen führen.

Diese Krisen können die Regulationsweise, das Akkumulationsregime oder die gesamte gesellschaftliche Formation betreffen. Nach ihrer Tiefe sortiert unterscheidet Boyer 2004 (77) fünf verschiedene Arten der Krise:

1. Krise als externe Störung: Die wirtschaftliche Reproduktion wird durch äußere Einflüsse zeitweise blockiert, etwa durch Naturkatastrophen, durch Kriege oder durch Probleme im internationalen Raum.
2. Endogene oder zyklische Krise als Ausdruck der Regulationsweise: Vorteilhafte und weniger vorteilhafte wirtschaftliche Phasen sind Ausdruck der institutionellen Formen, die aber nur sehr langsam und teilweise von diesen zyklischen Krisen betroffen sind.
3. Krise der Regulationsweise: Obwohl das Akkumulationsregime existenzfähig scheint, ist es der Regulationsweise nicht möglich, konjunkturelle Schwächephasen abzufangen und umzukehren.

4. Krise des Akkumulationsregimes: Das Akkumulationsregime kommt an seine Grenzen und zieht eine Krise der Regulationsweise und schließlich des gesamten Entwicklungspfades nach sich.
5. Krise der Produktionsweise: Die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise werden in Frage gestellt und verändert.

Die Krisenprozesse seit 2007 haben sich dynamisch entwickelt und lassen sich nicht eindeutig in einem der oben genannten Krisentypen zuordnen. Was zuerst als ein externes (US-amerikanisches) Problem betrachtet wurde (vgl. Bieling 2011: 161), hat sich über verschiedene Kanäle schließlich zu einer Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes ausgewachsen (vgl. Brassett u. a. 2010, Crotty 2009, Plihon 2009: 95). In Europa hat diese Krise Rückwirkungen auf die Regulationsweise (vgl. Demirović und Sablowski 2011: 94). Auch scheint den Krisenkategorisierungen eine gewisse Gleichgewichtsannahme zu Grunde zu liegen, die aus einer marxistisch fundierten regulationstheoretischen Perspektive nicht überzeugend ist. Umso wichtiger ist daher nicht nur der Blick auf Akkumulationsregime und Regulationsweise als Strukturen und Krisen als Ereignisse innerhalb dieser Strukturen. Vielmehr kann ein Verständnis der Ereignisse nur überzeugen, wenn in den Blick genommen wird, wie verschiedene Akteur_innen, die den Entwicklungspfad konstituieren, die Krise deuten und einbetten. Selbst eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise führt nicht zu ihrer Veränderung oder der Herausbildung einer neuen Produktionsweise, wenn es den dominanten Akteur_innen gelingt, ihre Position zu wahren und die Produktionsweise zu stabilisieren.

Probleme oder Grenzen der Regulationstheorie sind in der neueren Entwicklung das recht funktionalistische Verständnis von Institutionen. Dieser Funktionalismus ist nicht zwangsläufig in der Regulationstheorie angelegt, in der analytischen Umsetzung zur Empirie tritt er allerdings häufig auf (vgl. Palombarini 1999: 108). Damit zusammenhängend ist eine Unterbelichtung des Politischen zu beobachten (vgl. J. Becker 2002: 104). Daher ist die Konzeption des Staates als institutionelle oder strukturelle Form schwierig, da diese die anderen Formen prägt und außerdem einen Doppelcharakter als Konfliktfeld und Akteurin hat (vgl. ebd.: 89). Zudem prägen die Staatsinstitutionen nicht nur die anderen Formen sondern auch die spezifische Akkumulationsstrategie (vgl. Heyes u. a. 2012: 237). Gleichzeitig ist die nationale Ebene Ausgangspunkt der regulationstheoretischen Analyse. Diese methodische Entscheidung führt zu einer verkürzten Darstellung, etwa wenn internationale Krisen als „exogene Störung“ gefasst werden.

Eine Erweiterung der Regulationstheorie mit Hilfe gramscianischer und neogramscianischer Ansätze ist dabei nicht nur sinnvoll, weil diese die genannten Probleme abschwächen und auflösen koennen. Die Kombination bietet sich an, da sie jeweilige untertheorisierte oder kaum operationalisierte Aspekte ergänzen kann. Gleichzeitig teilen die Ansätze marxistische Grundannahmen. Darüber hinaus

kann das Konzept der Regulationsweise zur Absicherung und Stabilisierung der Akkumulation mit dem gramscianischen Verständnis von Hegemonie sinnvoll gestärkt und präzisiert werden. Im Folgenden soll daher eine auf Gramsci basierende Konzeption einer stärker auf Akteur_innen und Diskurse fokussierten Perspektive vorgestellt werden.

2.4 Gramsci: Hegemonie der kapitalistischen Produktionsweise

Das politische und analytische Denken Antonio Gramscis (1891-1937) wurde in den letzten 30 Jahren für die Analyse aktueller Probleme der Internationalen Beziehungen und der Internationalen Politischen Ökonomie fruchtbar gemacht. Zentrale Konzepte sind der Hegemoniebegriff Gramscis, sein integrales Staatsverständnis basierend auf seiner Konzeption der Zivilgesellschaft, Alltagsverstand und die Kategorie des historischen Blocks.

Ein ‚historischer Block‘ existiert, wenn eine hegemoniale Klasse sowohl Zivilgesellschaft als auch die Sphäre der Produktion unter Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Gruppen führt, so dass eine stabile Konstellation entsteht (vgl. Simon 1982: 27). Diese Führung oder hegemoniale Stellung ist aber nicht nur, wie in etwa beim neorealistischen Hegemoniebegriff, Herrschaft durch Zwang (oder materielle Grundlagen) sondern auch durch Konsens und Kompromissbereitschaft. Allerdings hat diese Kompromissbereitschaft ihre Grenzen und ist nicht wichtiger als der Zwang als Instrument der hegemonialen Praxis:

„Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, dass die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht auch kein Zweifel, dass solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen können ...“ (Gramsci 1992 [1930-32]: 1567)

Verschiedene soziale Gruppen ringen in gegebenen gesellschaftlichen Kontexten um Hegemonie. Eine soziale Gruppe ist dann hegemonial, wenn sie es schafft, die Interessen anderer Klassen und sozialer Kräfte mit ihren eigenen zu kombinieren und dann die Vertretung dieser verschiedenen Gruppen und Kräfte wird. Dies kann nicht nur bedeuten, dass es Interessenüberschneidungen gibt, vielmehr versuchen die verschiedenen sozialen Gruppen, ihre Interessen als Allgemeininteresse darzustellen und damit ihre Interessen zu universalisieren. Eine zentrale Funktion bei der Vermittlung von Kompromissen haben die Intellektuellen. „Die Intellektuellen sind die „Gehilfen“ der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung ...“ (ebd.: 1502). Gramscis Intellektuellenbegriff ist umfassender als der des allgemeinen Sprachgebrauchs. So sind alle Menschen Intellektuelle, aber

nicht alle üben die genannte Funktion der Intellektuellen aus (vgl. Gramsci 1992 [1930-32]: 1500). Intellektuelle zeichnen sich in diesem Fall nicht durch einen spezifischen (wissenschaftlichen oder denkerischen) Hintergrund aus, sondern vielmehr dadurch, dass sie aktiv an der Konsensgenerierung beteiligt sind und organisch mit gesellschaftlichen Gruppen oder sozialen Klassen verbunden sind.

Diese Vermittlung zwischen hegemonialer Klasse und Zivilgesellschaft ist aber nicht nur für den Hegemoniebegriff relevant, das dialektische Element fließt in Gramscis Staatsverständnis ein.

„Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle „Ebenen“ [alle Anführungszeichen im Original] festlegen – diejenige, die man die Ebene der „Zivilgesellschaft“ nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin „privat“ genannten Organismen, und diejenige der „politischen Gesellschaft oder des Staates“, die der Funktion der „Hegemonie“, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der „direkten Herrschaft“ oder des Kommandos, die sich im Staat und in der „formellen“ Regierung ausdrückt, entsprechen.“ (ebd.: 1502)

In Gramscis Verständnis ist der Staat als integraler Staat zu fassen, da er aus der politischen Gesellschaft, welche mit Zwang verbunden wird, und auch Teilen der Zivilgesellschaft, welche mit (konsensualer) Hegemonie verknüpft ist, besteht: „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (ebd.: 783). Dieses Verständnis staatlichen Handelns ist insofern Gewinn bringend, als es der Vielfältigkeit und Heterogenität staatlicher Institutionen gerecht wird und die Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen mitberücksichtigt. Auch die Zivilgesellschaft ist von Machtverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit, sowie geschlechtliche oder ethnische Hierarchien u.ä. durchzogen und kann daher nicht als neutrales Terrain der Auseinandersetzung interpretiert werden. Soziale Kämpfe, die unter diesen spezifischen Machtstrukturen ausgetragen werden, sind alltäglich (vgl. Huke, Clua-Losada u. a. 2015).

Für Gramsci ist die Kategorie des Alltäglichen ebenfalls ein wichtiger Teil von Hegemonie. Er verwendet den Begriff des „Alltagsverstandes“, um Annahmen und Weltauffassungen zu beschreiben, die von vielen geteilt werden, gleichzeitig aber fragmentiert und widersprüchlich sind (vgl. F. Becker und Candeias 2013: 115). Transformative Kräfte üben zunächst Kritik an bestehenden Denkweisen und versuchen, diese da aufzulösen, wo sie einem gegenhegemonialen Projekt entgegenstehen (vgl. ebd.: 120). Für das Verständnis von Hegemonie bedeutet das, dass eine systematischere Erfassung von Alltagsverstand und alltäglichen Praxen wichtiger Teil der Zustimmung und Einbindung ist (vgl. Beckershoff 2016: 8f.). Aus einer konsequenten Anwendung dieser Perspektive ergibt sich, dass alltägliche Praxen und Gruppen in den Fokus der Analyse genommen werden. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt allerdings auf den sozialen Kräften und wie diese

durch ihre diskursiven Praxen und der Verbreiterung ihrer eigenen Denkweisen versuchen, Zustimmung für ihre politischen Projekte generieren.

In diesem Zusammenhang können Wirtschaftskrisen zwar „einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen“ (Gramsci 1992 [1930-32]: 1563), allerdings lösen sie in den seltensten Fällen eine Krise des hegemonialen Blocks aus:

„.... so geht es in der Politik während der großen Wirtschaftskrise zu; die Angriffstruppen organisieren sich nicht unter der Wirkung der Krise blitzschnell in Zeit und Raum, und sie bringen erst recht keinen Angriffsgeist auf; umgekehrt verlieren die Angegriffenen weder ihre Moral, noch verlassen sie die Verteidigungslinien, auch unter Trümmern nicht, noch verlieren sie ihr Vertrauen in die eigene Kraft und in die eigene Zukunft. Die Dinge bleiben gewiss nicht beim alten, aber es ist sicher, dass das Element der Schnelligkeit, des beschleunigten Tempos fehlt, des definitiven Vorwärtsschreitens (...) Es geht folglich darum, „gründlich“ [Anführungszeichen im Original] zu untersuchen, welches die Elemente der Zivilgesellschaft sind, die den Verteidigungssystemen im Stellungskrieg entsprechen.“ (ebd.: 1589f)

Eine tiefe – organische – Krise hingegen bringt nicht nur Abwehrkämpfe der hegemonialen Klasse mit sich, vielmehr entsteht ein Kampf um eine neue Balance zwischen den politischen Kräften, welche ein Umformen der staatlichen Institutionen sowie neue Ideologien hervorbringen kann. Allerdings können diese Kämpfe schließlich zur Anfangssituation zurückführen, wenn die subalternen Kräfte nicht stark genug sind (vgl. Simon 1982:38). Die hegemonialen Kräfte haben außerdem einen Vorteil, weil sie ihre strukturelle und diskursive Vormachtstellung in Auseinandersetzungen und Krisen weiterhin nutzen und sie die kapitalistische Produktionsweise so erneuern können, um sie zu stabilisieren.

Die Fixierung der Regulationstheorie auf Institutionen und das Fehlen einer Konzeption des Politischen kann mit Hilfe dieser gramscianischen Überlegungen durch einen stärkeren Fokus auf verschiedene soziale Kräfte und somit Akteur_innen korrigiert werden. Durch die Besonderheit des Hegemoniebegriffs wird außerdem der Einfluss ideeller Faktoren gestärkt. Die sozialen Kräfte ringen zum einen um die Deutungshoheit von Problemstellungen, um ihre eigene Lösung als universal und objektiv sinnvoll durchzusetzen. Zum anderen nutzen sie ihre strukturelle Stellung und Machtposition. Im Rahmen dieser diskursiven Kämpfe entstehen unterschiedliche politische Projekte, die Lösungen für bestimmte Probleme anbieten. Diese Projekte sind Versuche verschiedener sozialer Kräfte, ihre Interessen in (staatliche) Institutionen einzuschreiben. Diese können sowohl eine dynamische Veränderung der Produktionsweise im Rahmen einer ‚passiven Revolution‘ (vgl. F. Becker und Candeias 2013: 331) – d.h. einer Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsweise durch eine aktive Transformation beinhalten – aber auch eine Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse als gegenhegemoniales Projekt. Wirtschaftskrisen

verändern zwar teilweise den Rahmen für diese Kämpfe zeitweilig, repräsentieren aber nicht zwangsläufig einen fundamentalen Wandel der Verhältnisse.

Ein zentrales Problem bei der Arbeit mit Gramsci ist die Tatsache, dass seine theoretischen und analytischen Überlegungen in Gefängnisheften überliefert sind. Das bedeutet zunächst, dass sie teilweise nicht zusammenhängend sind und Notizcharakter haben. Es bedeutet aber auch, dass der politische Gefangene Gramsci, um die Zensur zu umgehen, nicht immer präzise Begriffe verwenden konnte, sondern zum Teil mit Tarnwörtern arbeiten musste, deren Interpretation umstritten ist (vgl. Bieling 2013b: 197). Dazu kommen unterschiedliche Ansätze wie mit dem Material umgegangen werden sollte (vgl. F. Becker und Candeias 2013: 9ff.). Die Überlegungen Gramscis fruchtbar für aktuelle Analysen machen, haben sich viele Wissenschaftler_innen zur Aufgabe gemacht. Für die vorliegende Arbeit dienen sie vor allem als Inspiration und zur Spezifizierung von Grundannahmen ueber gesellschaftliche Machtverhältnisse. Die konkrete Operationalisierung Gramscis Hegemoniebegriffs habe ich eigenständig aus der Sichtung des empirischen Materials und der Verknüpfung mit den regulationstheoretischen Kategorien unternommen.

Zur Bearbeitung der Fragestellung ist zusätzlich zu den regulationstheoretischen und gramscianischen Annahmen noch eine Perspektive notwendig, die das Verständnis der europäischen Integration spezifizieren kann. Im Folgenden sollen deshalb diejenigen neogramscianischen Ansätze vorgestellt werden, die dazu Einblicke liefern. Der Anschluss an diese Perspektiven bietet sich auf Grund des gemeinsamen Ursprungs in Gramsci besonders an. Gleichzeitig differenziert sich die neogramscianische Debatte zunehmend aus (vgl. Bieling 2013b: 193), so dass hier nicht alle bestehenden Strömungen und Weiterentwicklungen diskutiert werden können.

2.5 Neogramscianische Perspektiven: Inter- und Transnationalisierung der Hegemonie

Die neogramscianische Theoriedebatte kann in drei Phasen unterteilt werden (vgl. Bieling 2013c: 188). Die Konstituierungsphase in den 1980er Jahren ist besonders durch Cox initiiert worden. Profilierungen in einer zweiten Phase wurden primär durch dessen Schüler Gill angeregt. Schließlich hat sich die neogramscianische Debatte ausdifferenziert und verbreitet (vgl. ebd.: 193ff.). Ein wichtiger Referenzpunkt in den neueren Debatten ist die ‚Amsterdamer Schule‘, die sich besonders für den Einfluss und die Auseinandersetzungen verschiedener Kapitalfraktionen interessiert. Diese Debattenbeiträge werden im Folgenden skizziert.

Für die Internationalen Beziehungen hat zunächst Cox Gramscis Denken aufgegriffen. In seinen Ausführungen richtet er sich gegen das verengte Staatsverständnis der ‚klassischen‘ Theorien der Internationalen Beziehungen und stellt Gramscis

Konzept des integralen Staates diesem gegenüber. Dadurch bleibt der Staat zwar weiterhin die zentrale Einheit der Internationalen Beziehungen (vgl. Cox 1983: 169), gleichzeitig ist dieser ‚Staat-Zivilgesellschafts-Komplex‘ keine *black box* und umfasst außerdem mit der zivilgesellschaftlichen Ebene Akteur_innen, die in den meisten Theorien keine Aufmerksamkeit bekommen. Zusätzlich ist der Staat als Arena zu betrachten, in denen soziale Kämpfe stattfinden, weshalb sich bei Cox ein historischer Block nur auf der nationalstaatlichen Ebene herausbilden kann. Auch wenn der historische Block oder soziale Kräfte dieses Blocks danach grenzübergreifend wirken können und obwohl die nationalstaatliche Ebene gleichzeitig von der Weltordnung geprägt ist (vgl. ebd.: 174).

Diesen ersten Schritt in Richtung der Internationalisierung gramscianischer Ansätze hat Cox' Schüler Stephen Gill weiter entwickelt. Er spricht von einem neoliberalen transnationalen Block (vgl. 2001: 54f), der den ‚disziplinierenden Neoliberalismus‘ befördert. Letzterer umfasst drei Aspekte: erstens die strukturelle Macht des Kapitals, die aus dessen privilegierter Stellung im Produktionsprozess erwächst; zweitens, die Fähigkeit des neoliberalen transnationalen Blocks, eine innere Einheit zu stabilisieren; und schließlich drittens, soziale und individuelle Kontrolle, die über vielfältige Mechanismen in das Alltagsleben der Menschen reicht (vgl. Gill 1995: 411). Die politisch-legale Dimension dieses disziplinierenden Neoliberalismus bezeichnet Gill als neuen Konstitutionalismus. Sie beschreibt den Versuch des disziplinierenden Neoliberalismus, eine spezifische Entwicklungsweise in verfassungsrechtlichen und ähnlich starken rechtlichen Texten fest- und damit vorzuschreiben (vgl. Gill 2001: 47). In Bezug auf die EU wird der neoliberale transnationale Block von transnationalen Unternehmen und Eliten gebildet, hat aber gleichzeitig Rückhalt in Teilen der Politik und Bevölkerung (vgl. ebd.: 55), so dass das Binnenmarktpjekt und die Wirtschafts- und Währungsunion als neokonstitutionalistisch einzuordnen sind. Inhaltlich treibt der disziplinierende Neoliberalismus die Trennung des Wirtschaftlichen vom Politischen voran, etwa indem Geld- und Währungspolitik sowie immer mehr Bereiche der Wirtschaftspolitik der demokratischen Kontrolle entzogen werden. Zudem umfasst er die marktliberalen Imperative der Inflationsbekämpfung, Haushaltskonsolidierung durch Austerität statt Steuereinnahmen und (Markt)effizienz insbesondere öffentlicher Leistungen (vgl. ebd.: 57ff).

Während Gill den transnationalen Block als Gesamtheit in den Blick nimmt, untersuchen die Forscher der ‚Amsterdamer Schule‘ die Rolle von Kapitalfraktionen im Prozess der Blockbildung und der Förderung einer bestimmten politischen Agenda. Dadurch wird die innere Kohärenz des Blocks wieder etwas aufgebrochen und verschiedene konkurrierende Projekte können identifiziert werden (vgl. z.B. Apeldoorn 2002: 78ff). In dieser Betrachtung kann das neoliberale Projekt den Charakter des europäischen Integrationsprozesses wesentlich bestimmen. Der

Fokus liegt auf transnationalen Akteur_innen, obwohl das Transnationale keine eigene Analyseebene ist, sondern transnationale Akteur_innen immer noch in nationalen Kontexten wirken, allerdings in mehreren nationalen Kontexten gleichzeitig agieren (vgl. Apeldoorn 2004: 145). Eine transnationale Klasse oder transnationale Kapitalfraktionen bilden sich etwa durch Treffen in internationalen Foren und Organisationen, sowie in *interlocking directorates* oder *corporate interlocks* (vgl. ebd.: 159). Diese Begriffe beschreiben, dass eine Person im Vorstand verschiedener Unternehmen sitzt. Diese Möglichkeiten haben Arbeiter_innen hingegen weniger, weshalb diese noch nicht so stark als transnationale Klasse agieren. Für eine gewisse innere Kohärenz zumindest der Kapitalfraktionen sorgen die *comprehensive concepts of control*, welche gleichzeitig die Richtung der Klassenstrategie vorgeben und ein Ergebnis derselben sind (vgl. ebd.: 155).

Eine gemeinsame Forschungsagenda der neogramscianischen Perspektiven ist die Analyse sozialer Kräfteverhältnisse und möglicher Hegemoniewerdung durch spezifische soziale Gruppen als ein sozialer Block. Hierbei wurde in den letzten 30-40 Jahren ein neoliberale Projekt identifiziert. Dieses Projekt hat für die Amsterdamer Schule soziale, wirtschaftliche, politische, räumliche und kulturelle Dimensionen (vgl. Overbeek 2004: 130). Bei Gill hingegen ist das neoliberale Projekt in erster Linie Ideologie (vgl. Gill 1995: 419). Gleichzeitig ist der Prozess der Neoliberalisierung nicht als konsequente und relativ einfache Ausführung eines Masterplans zu fassen (vgl. Overbeek 2004: 132), vielmehr ist dieser Prozess ebenso das Ergebnis historischer Kontingenzen als Konsequenz des Handelns verschiedener Akteur_innen. Zudem ist die Neoliberalisierung kein abgeschlossener Prozess, der Fortgang dieses Prozesses ist weiterhin umkämpft und stößt an Grenzen (vgl. Gill 1998: 18). Diese Grenzen und Widersprüche des Neoliberalismus sowie die Analyse der sozialen Kräfteverhältnisse, welche die Neoliberalisierung prägen und formen, sind ein wichtiger Teil neogramscianischer Forschung.

Problematisch ist bei der Amsterdamer Schule, dass der Staat nur als Arena und nicht auch als Akteur gefasst wird (vgl. Apeldoorn 2004: 168). Mit dem Fokus auf transnationale Kapitalfraktionen geraten andere Akteur_innen aus dem Blickfeld. Zum einen wird der Einfluss subalternen Akteur_innen nicht erfasst, weil z.B. für Gewerkschaften keine transnationale Klassenbildung und -identität, die vergleichbar mit der Kapitalformation wäre, erkennbar ist. Zum anderen wird gerade dadurch der Macht und der Einfluss der hegemonialen Kapitalfraktionen überbewertet, so dass der transnationale historische Block massiver und stabiler erscheint als er ist. Die Ambivalenz scheint Gill stärker im Blick zu haben, allerdings fehlen auch bei seinen Analysen teilweise die subalternen Akteur_innen und eine Untersuchung dazu, wie dominante Akteur_innen ihre Interessen durchsetzen konnten. So sind die drei Momente des Widerstands (vgl. Gill 1998: 22f), die er anschließend an van der Pijl formuliert, vage gehalten. Dies liegt daran, dass er auf einer übergeord-

neten europäischen Ebene bleibt, während die konkrete Umsetzung und Wirkung der Wirtschafts- und Währungsunion in den Nationalstaaten eher unterbelichtet bleibt. Während diese Ansätze Diskurse meist schon mitdenken, möchte ich im Folgenden den Diskursbegriff und die Bedeutung von Diskursen noch explizieren und besonders die neogramscianisch inspirierte Diskursforschung diskutieren.

2.6 Diskurstheoretische Ansätze zu Hegemonie

Während sich diskurstheoretische Ansätze, die sich mit der Frage von Hegemonie beschäftigen, häufig auf Gramsci beziehen, weil dessen Hegemonieverständnis über Zwang und Unterwerfung hinaus geht und daher offen für diskurstheoretische Überlegungen ist. Zentraler Referenzpunkt für poststrukturalistische neogramscianische Diskursforschung sind die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Sie definieren zunächst Artikulation als jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen herstellt. Als Diskurse bezeichnen sie dann die strukturierte Totalität, die aus der gesamten artikulatorischen Praxis entsteht (vgl. Laclau und Mouffe 2014, [1985]: 150). Dabei ist zentral, dass diese Praxis nicht nur eine Sprechpraxis ist, sondern auch soziale Normen und Praxen umfasst. Wenn Arbeiter_innen streiken, ist dies also ebenfalls eine Form der Artikulation und Teil des Diskurses. Dasselbe gilt, wenn sie nicht streiken und ihre Arbeit ausführen. Dieses umfassende und grundlegende Verständnis führt häufig zu Missverständnissen, da Strukturen und materielle Effekte und Erfahrungen scheinbar vernachlässigt werden (vgl. Wullweber 2012: 47ff.). Aus meiner Perspektive ist ein derart umfassender Diskursbegriff ebenfalls problematisch, weil er unpräzise wird. Daneben scheint sich die meiste diskurstheoretische Forschung in Anlehnung an Laclau und Mouffe vorrangig mit Sprechakten zu beschäftigen, so dass die theoretisch nicht intendierte Betonung der sprachlichen Bedeutungszuweisung in der Operationalisierung des Ansatzes häufig doch praktiziert wird.

Im Anschluss an Gramsci diskutieren Laclau und Mouffe die Bedeutung von Hegemonie und definieren eine hegemoniale Formation als eine artikulierte Totalität von Unterschieden (vgl. Laclau und Mouffe 2014, [1985]: 143). Sie kritisieren an Gramsci, dass hegemoniale Subjekte an ihre Klasse zurück gebunden werden und dass sich laut Gramsci jede soziale Formation um ein hegemoniales Zentrum strukturiert (vgl. ebd.: 137f.). Im Gegensatz dazu betonen sie, dass es in eine sozialen Formationen eine Vielzahl hegemonialer Knotenpunkte gibt und das Soziale daher nicht so reduziert werden könne (vgl. ebd.: 139). Damit wenden sie sich gegen den Klassenreduktionismus Gramscis. Diese Kritik ist sicherlich valide, gleichzeitig sehe ich aber aus kritischer Perspektive ein Problem in der radikalen Abwendung von Klassen und denke zudem, dass Gramsci auch anders gelesen werden kann. So kritisiert Ryner (2006, S. 153) es als „gefährlich“ oder zumindest

„unverantwortlich“, dass Laclau und Mouffe die sozioökonomische Position und das politische Bewusstsein von Subjekten als lediglich kontingent bezeichnen. Ich teile die Kritik, dass die Betonung von Kontingenz hier die Möglichkeiten der kritischen Analyse einschränkt. Gleichzeitig ist eine Balance zu finden, dass der_die kritische Wissenschaftler_in nicht so für Personengruppen spricht, dass deren eigene Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird. Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Frage nach der diskursiven Reproduktion Hegemonie in Bezug auf die kapitalistische Produktionsweise, so dass ich Klassen zwar nicht als einzige oder wichtigste Analysekatgorie verstanden sehen möchte, die Strukturierung in Lohnabhängige und Eigentümer_innen aber im Vordergrund steht.

Deutlich wird das Problem, Ansatzpunkte und Adressat_innen für Kritik zu finden etwa wenn Nonhoff (2006, S. 209) feststellt, dass aus „konsequent diskurstheoretischer“ Sicht die Annahme von Akteur_innen zu problematisieren ist und die Zuschreibung von Strategien daher nur im Rahmen des diskursiven Referenzsystems erfolgen kann (vgl. ebd.: 210), nicht aber mit bestimmten Gruppen und deren Interessen verbunden werden kann. In dieser Arbeit wird ein solch „konsequent diskurstheoretischer“ Ansatz nicht verfolgt, da es gerade darum gehen soll, die diskursiven Strategien bestimmter Akteur_innen sichtbar zu machen und mit deren möglichen Interessen und Effekten zu verknüpfen.

Aus diesem Grund sind die diskurstheoretischen Annahmen von Fairclough sowie Jessop und Sum für den vorliegenden Zugang eher instruktiv. So argumentiert Fairclough (2010, 129f), dass die Beziehung zwischen Diskurs und Hegemonie in zweifacher Hinsicht interessant sei: zum einen nehmen hegemoniale Praxis und Hegemoniekämpfe häufig diskursive Formen an, weil das gramscianische Konzept der Hegemonie die Naturalisierung bestimmter Beziehungen und Ideologien auch über Diskurse umfasst. Zum anderen sind diskursive Auseinandersetzungen auch eigenständiger Ausdruck der Hegemonie. Aus dieser Beziehung lässt sich schließen, dass über die Identifizierung diskursiver Strategien zu bestimmten Denkmustern, eine Annäherung an Hegemonie erreicht werden kann. Gleichzeitig erlaubt die Identifikation von gesellschaftlichen Gruppen die Klassifikation politischer Projekte und Allianzen aus Akteur_innen. Damit liegt dieser Arbeit außerdem ein begrenztes Diskursverständnis zu Grunde: Diskurse werden als sprachliche Äußerungen gefasst.

Um Hegemonie auszumachen, ist damit aus Sicht politökonomisch fundierter diskurstheoretischer Zugänge die Frage zu stellen, inwiefern Diskurse dazu beitragen, die kapitalistische Reproduktion zu stabilisieren (vgl. Jessop 2010: 342). Bei bereits bestehenden Hegemonieformationen kann außerdem das Bild der Sedimentierung und (Re-)politisierung hilfreich sein (vgl. ebd.: 340): Sedimentierung beschreibt die Routinisierung und Naturalisierung bestimmter Aspekte. Dem gegenüber steht

die (Re-)politisierung – etwa durch gegenhegemoniale Akteur_innen, die genau diese Absetzung von Bedeutungen wieder zur Debatte stellen wollen.

Eine Arbeit, die auf der Grundlage von Laclau und Mouffe und Gramsci versucht, eine Annäherung an die Erfassung von Hegemonie zu machen, ist die Dissertation von Wullweber (2010). Darin entwickelt er eine „poststrukturalistische Hegemonietheorie“ (ebd.: 58), um die Diskurse um Nanotechnologie in den USA, Deutschland und auf EU-Ebene zu analysieren. Im Anschluss an Gramsci unterscheidet er zwei allgemeine Formen der herrschenden Klassen, Hegemonie zu erlangen: „Transformismus“ und expansive Hegemonie (vgl. ebd.: 34). „Transformismus“ bezieht sich auf die Möglichkeit der herrschenden Klasse, antagonistische politische Kräfte und insbesondere die Führungsfiguren von subalternen Gruppen zu kooptieren und damit auszuschalten. Diese Technik kann allerdings nur einen passiven Konsens der Massen generieren. Dagegen stellt Wullweber die expansive Hegemonie als eine offensivere Strategie, die über die Formierung eines national-populären Kollektivwillens einen aktiven Konsens der Massen erzeugen möchte (vgl. ebd.: 34). Letztere Strategie entspricht auf Grund ihrer Überzeugungskraft einer stabileren Formation. Während Wullweber diese beiden Strategien auf den gegenüberliegenden Enden der y-Achse im Koordinatensystem platziert, ist diese Unterscheidung für meine Perspektive nicht so sinnvoll. Die beiden Strategien schließen sich nicht gegenseitig aus und sind mit meinem engeren Diskursbegriff nicht gut vereinbar, da der „Transformismus“ sich nicht so gut aus den Sprechakten ablesen lässt. Darüber hinaus ist in meiner Interpretation Gramscis jede Hegemonie in dem Sinne expansiv, als es im Kern des Begriffes liegt, möglichst die gesamte Gesellschaft zu führen und zu überzeugen.

In Abgrenzung und Ergänzung zu Gramsci und im Anschluss zu Laclau und Mouffe unterscheidet Wullweber zudem zwischen konzentrierter und diffundierter Hegemonie, die sich in seinem Koordinatensystem auf der x-Achse des Koordinatensystems gegenüberstehen. Konzentrierte Hegemonie schließt dabei an Gramsci an, indem sie direkt an Gruppen von Akteur_innen zurückgebunden werden kann, die von der hegemonialen Stellung profitieren (vgl. ebd.: 112). Diffundierte Hegemonie hingegen ist zerstreuter und nicht mehr eindeutig über die Kräfteverhältnisse und Akteur_innen sowie deren Interessen vermittelt (vgl. ebd.: 112). Diese Qualifizierung von Hegemonie ist für mein Erkenntnisinteresse allerdings ebenfalls nicht gewinnbringend, da es mir mit dem Fokus auf das Lohnverhältnis und mit einem kritischen Anliegen gerade darum geht, eine Repolitisierung von scheinbar nicht mehr mit den Partikularinteressen bestimmter Gruppen verknüpften Aspekten zu artikulieren.

Auf einer diesen Ausführungen untergeordneten Ebene bestimmt Wullweber sechs „Strategiecluster“ als hegemoniale Strategien (vgl. ebd.: 144ff.). Diese konzentrieren sich auf Sprechakte und sind eng mit den Laclau/Mouffeschen Ausführungen

rungen zur Diskursanalyse verknüpft, indem sie an deren Konzepte des Leeren Signifikanten, der Äquivalenzketten und des Antagonismus anschließen. In welchem Verhältnis diese Strategien zu den Formen der Hegemonie stehen, bleibt unklar.

Während aus meiner Sicht sowie meiner Arbeit mit dem empirischen Material die Unterscheidung von Strategien zur Verdeutlichung bestimmter Aspekte des Diskurses ebenfalls sinnvoll erscheint und daher Parallelen zu Wullwebers Arbeit bestehen, gibt es wichtige konzeptionelle und theoretische Unterschiede. Wie oben bereits ausgeführt, teile ich wesentliche Annahmen von Laclau und Mouffe nicht und halte es gerade mit Blick auf mein Erkenntnisinteresse für wichtig, eine direkte Rückbindung von Diskursen an Akteur_innen und deren Interessen vorzunehmen und einen engen Diskursbegriff zu führen. Auch die Ausdifferenzierung von Hegemonie steigert in diesem Zusammenhang den Erkenntnisgewinn nicht. Im Folgenden möchte ich daher meine eigene Analyseperspektive, die im Anschluss an die diskutierten theoretischen Debatten erarbeitet wurde, genauer erläutern.

2.7 Eine kritische Analyseperspektive zum Vergleich politökonomischer Entwicklungspfade

Die aufgeführten theoretischen Ansätze möchte ich wie folgt vereinen: Um die Frage zu beantworten, welche Veränderungen die Krise für die Entwicklungspfade der kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften warum mit sich bringt, sind zunächst Entwicklungspfade und Krise zu konzeptionalisieren. Meine Analyse konzentriert sich auf das Lohnverhältnis als Teil der Regulationsweise. Diese Veränderungen können als symptomatisch für den allgemeinen Wandlungsprozess gesehen werden. Die Entwicklungspfade und die politischen Prozesse, die sich in Bezug auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen während der Krise innerhalb Deutschlands, Frankreichs und der EU abspielen, können analytisch auf drei Ebenen gefasst werden (vgl. Bieling und Steinhilber 2000b: 104ff), die empirisch zusammenspielen und sich überlappen:

Die erste Analyseebene bildet der ‚historische Block‘. Dieser beschreibt eine längerfristige Kräftekonstellation, die sich in politökonomische Institutionen (etwa Staat, Gesetzgebung oder auch Arbeitsverhältnisse) einschreiben konnte. Regulationstheoretisch sind Akkumulationsregime und Regulationsweise zu erfassen. Das bedeutet, dass der historische Block das finanzialisierte, in beiden Ländern aber weiterhin produktive, Akkumulationsregime und dessen spezifische Regulationsweise umfasst. Aus dem Akkumulationsregime erwachsen spezifische Machtverhältnisse. In Deutschland und Frankreich hat sich eine unternehmerische Elite herausgebildet, die durch die engen Verflechtungen zwischen industriellem und finanziellen Kapital geprägt ist (vgl. Carroll u. a. 2010: 835). Die dominanten Akteur_innen

haben es außerdem geschafft, das politische und zivilgesellschaftliche Terrain mit bestimmten Denkmustern, Argumenten und Werten zu durchdringen. Zudem sind diese Machtverhältnisse in weitere Aspekte der Regulationsweise eingeschrieben. Gleichzeitig sind Teile der Lohnabhängigen ebenfalls Teil des historischen Blocks, indem sie durch Zugeständnisse, etwa sichere und vergleichsweise gut entlohnte Arbeitsplätze von der Akkumulation im industriellen und finanziellen Bereich profitieren. Als Ausgangspunkt der Analyse werde ich die spezifische nationalstaatliche Konfiguration im europäischen Kontext als historischen Block fassen. Die Asymmetrie der europäischen Wirtschaftsintegration ist mit ihren Implikationen für die Arbeits- und Sozialpolitik auf nationaler Ebene von Bedeutung (vgl. Holman 2004, Höpner und Schäfer 2010). Europäische Politik wirkt sich auf die nationale Politik und den politischen Prozess aus, gleichzeitig versuchen nationale Akteur_innen ihre politischen Ideen und Programme auf die europäische Ebene zu übertragen und dort zu verankern. Schließlich besteht die Möglichkeit, über die europäische Ebene weitere Mitgliedsstaaten zu beeinflussen. Strukturell gesehen gibt es auf nationaler Ebene Unterschiede bei der Tiefe der Finanzialisierung, also inwiefern in die Finanzialisierungstendenzen die privaten Haushalte (über Formen der privaten Alterssicherung, Kreditvergabe etc.) eingebunden werden. Zudem gestaltet sich das Verhältnis zwischen Finanzwirtschaft und Produktion, Dienstleistungen sowie Agrarsektor in den Volkswirtschaften teilweise unterschiedlich. So entstehen national unterschiedliche Kräfteverhältnisse und Kompromisse, die durch die europäische Integrationsweise spezifisch befördert oder blockiert werden.

Auf der zweiten Analyseebene sind die sozialen Kräfte, die das Akkumulationsregime und die Regulationsweise tragen, genauer zu beleuchten. Das Zusammenspiel verschiedener Kapitalfraktionen gestaltet sich auf der nationalen Ebene unterschiedlich. Jedenfalls erwächst die Machtposition verschiedener sozialer Kräfte nicht nur aus ihrer aktuellen Verankerung im ökonomischen und politischen Prozess, sondern auch aus ihrer gesellschaftlich gewachsenen Rolle. Legitimität und Einfluss der Kräfte sind daher nicht nur durch die aktuelle Konstellation geprägt, sondern wurzeln im gesellschaftlichen Alltagsbewusstsein und kollektiven Erinnerungen. Zusätzlich speist sich ihre Fähigkeit, eigene Interessen zu universalisieren, zwar zum einen aus ihrer materiellen Machtposition, zum anderen aber auch aus ihrer strategischen Möglichkeit, Diskurse zu bestimmen und das Alltagsbewusstsein zu beeinflussen. Die zentralen Akteur_innen in Deutschland und Frankreich sind das Industriekapital, Finanzmarktakteur_innen, die politische Elite, die Arbeiter_innenklasse und die Mittelschicht (vgl. Petit 2012: 272) sowie (Populär-)Wissenschaftler_innen und die Medien. In Deutschland dominiert eine markt- oder ordoliberalen Haltung, die Gegenpositionen erzeugt, aber häufig marginalisiert. In Frankreich gibt es keine Tradition des ordoliberalen Denkens, das Wort (markt)liberal ist teilweise ein Schimpfwort (vgl. Sauger 2012: 115). Soziale Kräfte

mit ähnlichen Interessen müssen daher in den nationalen Kontexten unterschiedlich vorgehen und argumentieren, damit ihre Ideen ausstrahlungsfähig sind. Denn auch in Frankreichs Entwicklungspfad sind Liberalisierungstendenzen zu beobachten. Die sozialen Kräfte wirken im nationalen und im europäischen Kontext. Macht über und Einfluss auf europäische Projekte sind ungleich unter den verschiedenen Gruppen verteilt.

Die Universalisierung der Interessen findet schließlich auf einer dritten Ebene statt, der der politischen Projekte. Politische Projekte sind Maßnahmen und Lösungen für bestimmte Probleme (vgl. Bieling und Steinhilber 2000b: 106). Die Definition und die Reichweite politischer Projekte, hegemonialer Projekte oder Hegemonie-Projekte ist in der neogramscianischen Forschung teils recht umstritten (für einen Überblick vgl. Kannankulam und F. Georgi 2012). Dies liegt insbesondere daran, dass eine enge Definition von Projekten als konkrete politische Initiativen wenig Raum für größere Linien und politische Programme lässt. Dieses Problem lässt sich abschwächen, wenn man die oben genannten Handlungsressourcen mit einbezieht und beim Blick auf die Diskurse die dahinter stehenden Akteur_innen und deren Position im Entwicklungspfad mitreflektiert. Die Anwendung des Hegemoniebegriffes auf einzelne Politikfelder scheint aus gramscianischer Sicht nicht sinnvoll und verwässert die Analysekategorie, da sich Hegemonie auf die umfassende Führung der politischen Ökonomie bezieht. In dieser Arbeit werden daher politische Projekte als analytische Kategorie verwendet, die eine mittlere Reichweite haben. Das heißt, politische Projekte sind eine Bündelung mehrerer politischer Initiativen, die einer bestimmten Richtung oder einem bestimmten Ziel zugeordnet werden können. Sie sind auf spezifische Art Teil von Hegemonieprojekten, sind aber nicht in sich selbst ein Hegemonieprojekt.

Politische Projekte sind sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene zu identifizieren. Die arbeits- und sozialpolitischen Projekte der EU sind in den letzten 30 Jahren neoliberal geprägt. Die Integration hat einen asymmetrischen Charakter: Während die Wirtschafts- und Währungsintegration vertieft wurde, blieb die europäische Koordination der Beschäftigungs- und Sozialpolitik dahinter zurück (vgl. Scharpf 2002). Der spezifischen Charakter der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion schränkt zudem den Handlungsrahmen der nationalstaatlichen Regierungen ein.

Welche Bedeutung hat nun die Krise? Nach der Regulationstheorie ist die Krise als Krise des Akkumulationsregimes zu fassen, die dann eine Krise der Regulationsweise nach sich zieht. Die Krise führt in diesem Fall nicht zur Zerstörung der historischen Konstellation, sondern vorerst nur zu einer Erschütterung derselben. Das heißt, dass es für die hegemoniale Klasse schwieriger wird, ihre Stellung zu sichern, allerdings nicht unmöglich. Obwohl die Krise die Widersprüche und die Instabilität des finanzdominierten Akkumulationsregimes aufgezeigt hat (vgl. Crot-

ty 2009: 576) und damit die Legitimität des Finanzmarktkapitalismus erschüttert wurde, ist es der hegemonialen Klasse gelungen, die Problemlage umzudeuten und letztendlich z.B. mit der Vertiefung des Austeritätsprojekts, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und erneut zu universalisieren (vgl. Heinrich 2015). So wurde die Krise schließlich erfolgreich als Krise der Regulationsweise dargestellt, deren strukturelle Ursachen im Akkumulationsregime in Vergessenheit gerieten.

Die Analyse soll sich auf die Arbeits- und Sozialpolitik konzentrieren und in die Diskussion um Entwicklungspfade eingebettet werden. Die Verengung auf staatliche Maßnahmen zur Aktivierung, Absicherung und Beschäftigungsbeschaffung, die von Politikfeldanalysen häufig reproduziert wird, reflektiert bereits die Hegemonie der kapitalistischen Produktionsweise. Unter Politik verstehe ich daher nicht nur existierende staatliche *policies* und deren Implementation. Vielmehr soll die Analyse den Blick auf die Auseinandersetzungen um politische Projekte gelenkt werden, die zum Teil nicht umgesetzt werden. Das Lohnverhältnis und seine Strukturierung sind für die Entwicklungspfade aus verschiedenen Gründen weiterhin zentral. Sozialsysteme und Beschäftigungszahlen sind eine der wichtigsten Quellen der Legitimität der politischen Systeme westlicher Industriestaaten. Zudem wird in der Krise die soziale Frage verschärft. Das bedeutet, dass im kontinentaleuropäischen Kapitalismus die Regulationsweise umso mehr gefordert ist, die negativen Effekte, die durch die instabile Akkumulationsstrategie entstehen, abzufangen.

Die Analyse der Arbeitsmarktregime und sozialen Sicherungssysteme soll zwar im Vordergrund stehen, aber die darunter liegende Dynamik des Akkumulationsregimes und der zentralen Produktions- und Reproduktionsmuster sind nicht zu vernachlässigen. Das stelle ich über die Einbettung in regulationstheoretische Analysen sowie den Fragenkatalog (im Anhang) zum kapitalistischen Entwicklungspfad in der Diskursanalyse sicher. Vermittelnd zwischen Arbeitsmarktregimen und sozialen Sicherungssystemen wirken die Arbeitsbeziehungen. Ein (neo)gramscianischer Fokus nimmt stärker Akteur_innen in den Blick – in diesem Fall Vertreter_innen von Kapital und Arbeit, das heißt die Interessenvertretung über die Verbände. Der Einfluss der europäischen Wirtschafts- und Währungsintegration auf die Arbeits- und Sozialpolitik wird in der Europäisierungsliteratur häufig noch als national eigenständig verstanden. Oder, es werden vornehmlich *soft politics* oder *new governance tools* wie die Offene Methode der Koordinierung, *benchmarking* in den Blick genommen (vgl. La Porte und Pochet 2004, Jacobsson 2004, Copeland und ter Haar 2013, Bruno u. a. 2006). Ich möchte dagegen die weichen Vorgaben durch die Europäische Beschäftigungsstrategie, die Lissabonstrategie und *EU2020*, als eher diskursiven Ausdruck eines Anpassungsdrucks fassen, der durch den marktliberalen Charakter der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion entsteht. Dieser Anpassungsdruck wirkt sich über den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) aus (vgl. Watson 2001:

512). In der Krise verstärkt sich die Währungsintegration durch die verschiedenen Maßnahmen der Eurorettung wie das Six-Pack, der Fiskalpakt und das Europäisches Semester (vgl. Bieling 2012: 262ff). Daher ist die Arbeits- und Sozialpolitik innerhalb der EU deutlich stärker mit diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Vorgaben zusammen zu denken (vgl. Stapf-Finé 2012: 103).

Diskurse repräsentieren und konstituieren Strategien und Interessen sozialer Kräfte und die hegemoniale Einbindung potenziell subalternen Gegenkräfte. Bei der Analyse der Hegemonie der kapitalistischen Entwicklungspfade möchte ich Diskurse nutzen, um die Reproduktion der hegemonialen Verhältnisse besser zu verstehen. Aus meiner Sicht ist zur Verdeutlichung der Auseinandersetzungen und der in den Diskursen stattfindenden Reproduktion die Unterscheidung von diskursiven Strategien sinnvoll. Die unterschiedlichen Strategien sind von den gramscianischen und neogramscianischen Debatten inspiriert, letztlich aber in der Arbeit mit dem Material entstanden und mein eigener Beitrag zur Operationalisierung des gramscianischen Hegemoniebegriffes mit Blick auf Diskurse.

Dabei bleibt zunächst wichtig zu betonen, dass ich diskursive Strategien und nicht hegemoniale Strategien unterscheiden möchte. Diese bewusste Entscheidung hat verschiedenen Gründe. Zunächst kann ich mit meinem engen Diskursbegriff eben nicht andere Praxen und Kämpfe um Hegemonie erfassen, jede Hegemonie kann aber nicht nur in Sprechakten verankert sein, sondern muss auch die politökonomischen Strukturen und alltäglichen Praxen umfassen. Da diese nicht im Vordergrund meiner Arbeit stehen, kann ich also nur von potenziell hegemonialen und potenziell gegenhegemonialen Strategien sprechen und muss deutlich machen, dass es sich um diskursive Strategien handelt.

Akteur_innen nutzen in ihren Diskursen häufig eine Kombination aus mehreren der nachfolgenden diskursiven Strategien. Drei potenziell hegemoniale Strategien sind Dethematisieren, Dedebattieren und positiv Konnotieren (siehe Tabelle 2.1). Drei potenziell gegenhegemoniale Strategien sind Infragestellen, Kritisieren und Alternativen formulieren.

Diese Strategien erlauben Rückschlüsse auf die Politisierung verschiedener Aspekte und damit über Hegemonie. Die diskursiven Strategien in der linken Spalte der Tabelle sind potenziell hegemonial, da sie aus einer Position der Stärke heraus genutzt werden können. Dethematisierung ist am wirkungsvollsten, wenn sie niemandem auffällt. Diese entspricht dem Bild der Sedimentierung bei Jessop (2010). Dedebattierung ist im Diskurs noch erkennbar. Sie kann über eine bestimmte Konstruktion der Funktion von Politik passieren, etwa eine diskursive Begrenzung des politischen Handlungsraums (z.B. die Delegitimation von „Eingriffen“ in die Marktwirtschaft), den Verweis auf institutionelle meist rechtliche Begrenzungen des politischen Handlungsraumes (Konstitutionalisierung, Pfadabhängigkeit) oder die Verschiebung von Themen zu „Expert_innen“ oder zu festgelegten statisti-

Tabelle 2.1 Hegemoniale und gegenhegemoniale diskursive Strategien

potenziell hegemoniale Strategien	potenziell gegenhegemoniale Strategien
Dethematisieren Streitfragen oder Aspekte finden im Diskurs keine Erwähnung und sind somit im toten Winkel des Diskurses.	Infragestellen Bestimmte Ziele oder Aspekte werden angezweifelt und damit leicht negativ konnotiert.
Dedebattieren Streitfragen oder bestimmte Aspekte werden aktiv als außerhalb des Diskutierbaren platziert.	Kritisieren Bestimmte Ziele oder Aspekte werden kritisiert und damit klar negativ konnotiert.
Positiv konnotieren Bestimmte Ziele oder Aspekte werden als wünschenswert konstruiert oder gesetzt.	Alternativen formulieren Aus der negativen Konnotation bestimmter Ziele werden andere Vorschläge und Handlungsvorgaben entwickelt und damit positiv konnotiert.

Quelle: Eigene Darstellung

schen Kennzahlen (Technokratisierung, Quantifizierung). Die positive Konnotation schließlich ist im Diskurs klar zu sehen und ebenfalls sehr wirkungsmächtig. Sie ist Ergebnis früherer politischer Auseinandersetzungen darüber, was Ziel politischen und gesellschaftlichen Handelns ist. Gleichzeitig kann sie aber leichter in Frage gestellt werden als Dethematisierungen.

Infragestellung, Kritik und Alternativen setzt hingegen schon einen Status Quo voraus, der adressiert wird. Damit sind diese Strategien potenziell gegenhegemonial. Generell ist der Politisierungsversuch von Seiten und aus Sicht der einzelnen Akteur_innen bei der Formulierung von Gegenvorschlägen am stärksten und bei der Dethematisierung am schwächsten. Allerdings erfolgt Politisierung durch das Aufeinandertreffen verschiedener diskursiver Positionen. Daher ist es wichtig, nicht nur Akteur_innen des hegemonialen Blocks zu analysieren sondern auch potenziell subalterne Akteur_innen mit einzubeziehen, um Hegemonie als Verhältnis erfassen zu können. Um diese noch etwas abstrakten Überlegungen zu diskursiven Strategien für die Analyse politökonomischer Entwicklungspfade fruchtbar zu machen, ist eine theoretische Vorstrukturierung der Diskurse sinnvoll. Daher diskutiere ich im Folgenden, welche Debatten und Begriffe im Vordergrund der Analyse stehen und mit welchen diskursiven Strategien sie besonders verknüpft sind.

Fundamental ist die kapitalistische Produktionsweise. Der Begriff der Produktionsweise drückt aus, wie es den Eigentümer_innen der Produktionsmittel gelingt, sich unbezahlte Mehrarbeit anzueignen (vgl. Jessop 1990a: 289). Daher ist es zunächst wichtig, die Eigentumsverhältnisse zu bestimmen und den Widerspruch zwischen Eigentümer_innen und Lohnabhängigen, der aus der Aneignung der unbezahlten Mehrarbeit entsteht, anzuerkennen. Dieser Widerspruch wird im Rahmen

der Machtverhältnisse, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln ermöglichen und reproduzieren, reguliert. Dazu gehören auch strategische Selektivitäten, die die Reproduktion dieses Verhältnisses sicherstellen. Zentrales Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise ist zudem die Ausweitung der Warenform auf die Arbeitskraft (vgl. Jessop 1990a: 294). Das heißt, die Lohnabhängigen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihre Existenz sichern zu können. Im Ergebnis dieses Verkaufs der Arbeitskraft treten sie die Mehrproduktion ihrer Arbeit unbezahlt an die Eigentümer_innen ab. Als zentrale Indikatoren für die kapitalistische Produktionsweise im Diskurs verwende ich daher Eigentums- und Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit sowie den Warencharakter der Arbeit.

Eigentums- und Machtverhältnisse können zur hegemonialen Absicherung des Kapitalismus dethematisiert werden, indem sie keine Erwähnung finden. Die Dede-battierung beschreibt z.B. die aktive Dekonstruktion des Konflikts zwischen etwa Unternehmer_innen und Lohnabhängigen sowie Reichen und Armen. Die Infragestellung der Eigentums- und Machtverhältnisse zeigt sich in der Artikulation der Verteilungseffekte der Machtverhältnisse (etwa soziale Ungleichheit und Profitstreben der Unternehmen), weil dazu ein Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit mitgedacht werden muss. Kritik an Verteilungseffekten und Machtverhältnissen führt meistens zur Forderung nach Umverteilung, wobei diese Forderung immer noch auf der Ebene der Effekte ist und damit kürzer greift als eine klare Kritik und Infragestellung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Macht- und Herrschaftsverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit. Kritik und Gegenvorschläge zu den kapitalistischen Machtverhältnissen beinhalten häufig die Forderung nach sozialer Demokratie oder Wirtschaftsdemokratie und der Reform oder Infragestellung der repräsentativen Demokratie.

Der Warencharakter der Arbeit beschreibt die Tatsache, dass die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihre Existenz zu sichern. Dieser Zusammenhang geht häufig noch mit einer Überhöhung der Arbeit einher. Arbeit wird aktiv positiv konnotiert nicht nur als Grundlage der Existenzsicherung, sondern auch als Sinn stiftend und als einzige Möglichkeit, aktiver Teil der Gesellschaft zu sein (vgl. Gorz 2000: 78, Frayne 2015). Dazu gehört eine Dethematisierung der Arbeit, die nicht oder nur teilweise als Lohnarbeit organisiert wird, etwa Haushalts- und Erziehungs- oder Pflegearbeit (vgl. Aulenbacher 2012: 119f., Bauhardt und Çağlar 2010: 9f., Behning 2004: 193f., 200, 204f.). Der Stellenwert der Arbeit kann durch die Thematisierung von „angemessener Bezahlung“ und Arbeitsbedingungen infrage gestellt werden. Kritik oder Gegenvorschläge sind aber nur in Verbindung mit der Reflexion von Eigentums- und Machtverhältnissen grundlegend.

Auf der nächsten Ebene möchte ich die Kategorien der Regulationstheorie operationalisieren. Für die Fassung des Akkumulationsregimes sind verschiedene Indikatoren für die Analyse der Diskurse hilfreich. Zunächst wird die Bedeutung

der Akkumulation zentral gesetzt. Das bedeutet, dass Wachstum als wichtigstes Ziel politökonomischen Handelns konstruiert wird. Andere Kriterien, etwa soziale oder ökologische Ziele, werden dethematisiert. Eine Politisierung des Wachstumsziels kann manchmal über die Infragestellung der Effekte des alleinigen Fokus auf Wachstum erfolgen, etwa, wenn soziale oder umweltpolitische Aspekte als Indikator für die Performanz der Wirtschaft angebracht werden (vgl. Mahnkopf 2012). Die Kritik erfolgt in der Regel ebenfalls unter Einbezug dieser Aspekte und Gegenvorschläge sind zunächst, diese Aspekte stärker mit einzubeziehen, zu priorisieren oder schließlich eine Postwachstumsgesellschaft (vgl. ebd.: 404, Nachtwey 2016: 59ff.).

Auf der nächsten Ebene des Akkumulationsregimes kann entsprechend der regulationstheoretischen Achsen die Bedeutung der Binnennachfrage, des Exports und der Finanzialisierung unterschiedlich stark gesetzt oder politisiert werden. Häufig ist die Dethematisierung oder Dedeбатierung. In der Krise aber rückt die Finanzialisierung teilweise stärker in den Fokus und wird in Frage gestellt. Dies betrifft etwa die Rolle von Finanzmarktakteur_innen in der Akkumulation, die Effekte der Finanzialisierung auf soziale Absicherungssysteme, insbesondere die private Altersvorsorge, und das Verhältnis zwischen Finanzmarktsektor und Politik, etwa in der Konstruktion „der Märkte“ als Bezugspunkt politischen Handelns. Häufig wird das kurzfristige Denken, das durch die *shareholder value*-Kultur in der Unternehmensführung entsteht, in Frage gestellt aber auch dethematisiert oder zumindest dedebattiert. Die Akkumulationsstrategie lässt sich außerdem an der positiven Konnotation erkennen: Ein Beispiel ist der stolze Bezug im deutschen Diskurs auf Deutschland als ‚Exportweltmeister‘ (vgl. Kapitel 4.3 und 5.3). Die verschiedenen Akkumulationsstrategien schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern können sich ergänzen. Empirisch herrscht meistens eine Mischform mit einer bestimmten Schwerpunktsetzung vor. Allerdings lassen sich Export und Finanzialisierung in der aktuellen Konstellation meist besser kombinieren als Export und Binnenorientierung.

Binnennachfrage und Export lassen sich häufig besser in ihrer Reflektion in der Regulationsweise erkennen. Eine binnenorientierte Akkumulationsstrategie wird über die Bedeutung und Förderung öffentlicher und privater Investitionen sowie Kaufkraft ermöglicht. Exportorientierung ist dagegen meist über Konzepte wie Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der nationalen Marktwirtschaft definiert. Wenn Wettbewerbsfähigkeit in (niedrigen) „Arbeitskosten“ gemessen wird, untergräbt dies die Investitions- und Kaufkraft. Daher wird bei dieser Strategie eine starke externe Nachfrage vorausgesetzt (vgl. Wigger 2015: 125), deren potenzielle Abwesenheit dethematisiert werden muss, um glaubhaft zu bleiben. Die Reduktion der Löhne und Sozialabgaben und damit potenziell der sozialen Leistungen zur Senkung der Arbeitskosten schwächt die Kaufkraft. Steuer- und Abgabensenkungen

zur Reduktion der Arbeitskosten wiederum senken die Investitionskapazitäten des Staates und beitragsbasierte Sozialversicherungen.

In Debatten zu den verschiedenen politischen Initiativen klingen diese Aspekte unterschiedlich stark an, teilweise kann aber die Strategie der verschiedenen Akteur_innen in Bezug auf das Akkumulationsregime und die Systemsicherung abgeleitet werden. Während die Analyse des diskursiven Raums Aufschluss über das Ausmaß der hegemonialen Absicherung geben kann, sind gleichzeitig zwei Momente der Vorsicht zu beachten. Das erste Moment ist die Macht- und Einflussposition der Akteur_innen, die subalterne Diskurse postulieren. Diese Position ist häufig entsprechend der strukturellen Konfiguration und Machtverhältnisse asymmetrisch und schwach. Damit verknüpft ist das Problem der Reproduktion dieser Verhältnisse durch die Analyse (vgl. Huke, Clua-Losada u. a. 2015), in dem ich den öffentlichen Diskurs auf nationaler Ebene fasse und damit strategischen Selektivitäten von Zeitungen und „der Öffentlichkeit“ übernehme. Widerstand auf regionaler, lokaler und individueller Ebene und die dazu gehörigen Diskurse und Akteur_innen werden damit ebenso wenig erfasst (vgl. ebd.: 732f.) wie potenziell subalterne Akteur_innen auf nationaler Ebene, die marginalisiert sind (etwa kleinere Parteien oder Gewerkschaften). Das zweite Moment ist die potenzielle Lücke zwischen Diskursen und Handeln. Das heißt, dass es auch Strategie von Akteur_innen sein kann, bestimmte Aspekte und Probleme zu kritisieren und Forderungen zu stellen, diese aber nicht umzusetzen, wenn die Möglichkeit dazu ist. Ein Beispiel sind Regierungen, die ihre Möglichkeiten, entsprechende Gesetze zu formulieren, nicht nutzen, obwohl sie diese fordern. Ein anderes sind Gewerkschaften, die in Kollektivverhandlungen deutlich kompromissorientierter auftreten, als sie vorher diskursiv ihren Mitgliedern und Unterstützer_innen kommuniziert hatten. Dieses Problem versuche ich über die oben diskutierte Identifizierung von politischen Projekten und Blick auf deren Umsetzung abzuschwächen.

Konkret bedeuten diese Ausführungen zur Operationalisierung meiner Analyseperspektive folgendes Vorgehen.

2.8 Methodische Überlegungen und Vorgehen

Die drei genannten Analyseebenen strukturieren Vorgehen und Aufbau der Arbeit. So kann mit der Ebene des historischen Blocks zunächst die sozioökonomische Konfiguration in Deutschland, Frankreich und Europa und der daraus erwachsende politökonomische Anpassungsdruck beschrieben werden. Hierzu zählen die historisch gewachsenen und schon gegebenen Politiken und Kräfteverhältnisse, die für den weiteren Entwicklungspfad entscheidend sind. Diese Strukturen diskutiere ich in Kapitel 3 zu den Entwicklungen vor der Krise. Der Schwerpunkt liegt auf den Akkumulationsregimen und der Regulationsweise in Deutschland

und Frankreich. Um die Entwicklungspfade vor der Krise zu beleuchten, werde ich methodisch primär auf wissenschaftliche Sekundärliteratur und wirtschaftliche Kennzahlen, also Statistiken, zurückgreifen. Ich verwende eurostat, um eine bessere Vergleichbarkeit der Zahlen herzustellen. Bei Bedarf sind andere Erhebungen, wie beispielsweise der nationalen statistischen Ämter – in Deutschland destatis oder die Datenbank der Arbeitsagentur und in Frankreich INSEE oder die Datenbank Dares des Arbeitsministeriums – sowie internationaler Organisationen wie Weltbank, ILO, OECD u.ä. heranzuziehen. Um die Schritte der europäischen Integration nachzuvollziehen, wurde auf wissenschaftliche Literatur zurückgegriffen, ebenso Gesetzestexte und weitere offizielle Dokumente und Beschlüsse der EU. Für den *status quo ante* in der Arbeit- und Sozialpolitik gilt ähnliches. Dabei werden Debatten und Kräfteverhältnisse skizziert.

Auf der zweiten Ebene des hegemonialen Blocks finden sich dann die Akteur_innen und deren Ziele, Standpunkte und Strategien. Als zentrale Akteur_innen wurden oben schon die nationalen Regierungen, aber auch Unternehmer_innenverbände, Gewerkschaften, Parteien und auf europäischer Ebene Teile der europäischen Institutionen identifiziert. Für die EU untersuche ich offizielle Dokumente der Kommission, des Rates und des Parlamentes. Auf nationaler Ebene ist meine Textauswahl auf öffentliche Reden der Akteur_innen und in Zeitungen veröffentlichten Interviews fokussiert, da ich davon ausgehe, dass bei diesen Sprechakten die Zielgruppe die breite Bevölkerung ist. Meine Analyse dieser verschiedenen Texte entspricht größtenteils einer qualitativen Inhaltsanalyse. Daneben führe ich an einigen Stellen diskurstheoretische Überlegungen an. Mit den diskurstheoretischen Ausführungen treffe ich Aussagen über die potenziellen Wirkungen bestimmter Konstruktionen, ohne postulieren zu wollen, dass dies die einzig möglichen Wirkungen sind oder dass die Akteur_innen diese Wirkungen genau so intendieren und bestimmen können.

Im Krisenverlauf wurden schließlich verschiedene Projekte der Arbeits- und Sozialpolitik auf den Weg gebracht. Konkret geht es darum, zentrale Stellungnahmen zu den Projekten zu analysieren und herauszufiltern, welche Ursachen und welche Bedeutung der Krise zugeschrieben werden, welche Lösungsvorschläge sich daraus aus Sicht der Akteur_innen ergeben und wie Zusammenhänge und Notwendigkeiten hergestellt werden. Neben der Frage nach der Bedeutung der Krise und konkreten politischen Projekten in der Arbeits- und Sozialpolitik beschäftigt mich die Reproduktion der Hegemonie der kapitalistischen Produktionsweise in den Diskursen zu diesen Projekten.

In der methodischen Umsetzung dieser Ausführungen untersuche ich die ausgewählten Texte auf zwei Aspekte hin: zum einen analysiere ich konkrete politische Projekte und welche Argumente dafür vorgebracht werden, zum anderen versuche ich die Reproduktion des Entwicklungspfades über die Diskurse und die politischen

Projekte, zu erfassen. Für die EU analysiere ich offizielle Texte, insbesondere die im Rahmen des europäischen Semesters verfassten. Dabei sind zwei Ebenen zu unterscheiden: der allgemeine Diskurs der EU und der jeweils länderspezifische für meine Fälle. Für den allgemeinen Diskurs der EU habe ich 26 Dokumente analysiert. Die meisten davon sind von der Kommission verfasst, gerade in der Krisen-debatte sind zusätzlich Rats- und Parlamentsdokumente relevant. Für den Frankreich-bezogenen Diskurs habe ich 12 Kommissionsdokumente, die im Rahmen der Prozesse zum Europäischen Semester und dem Verfahren für Makroökonomische Ungleichgewichte entstehen, analysiert. Für den Deutschland-bezogenen Diskurs sind 7 Kommissionsdokumente relevant.

Für Frankreich und Deutschland liegt der Fokus auf öffentlichen Reden und Zeitungsinterviews der verschiedenen Akteur_innen, um den Diskurs zu illustrieren, der bestimmte Schritte und politische Maßnahmen bei der Bevölkerung legitimieren soll.

Für Frankreich habe ich zunächst die für Arbeits- und Sozialpolitik auf nationaler Ebene zentralen Akteur_innen identifiziert: Die beiden großen Parteien UMP und PS, den Unternehmer_innenverband Medef und die drei Gewerkschaften *Confédération française démocratique du travail* (CFDT), *Force Ouvrière* (FO) und *Confédération générale du travail* (CGT). Ab 2010 wird der *Front de Gauche* (FdG) wichtig, weshalb ich diesen ab diesem Zeitraum zur Analyse hinzunehme. Ab 2011 nehme ich auch den *Front National* (FN) dazu, der in diesem Jahr seine Popularität deutlich steigern kann (vgl. TNS Sofres 2016), was mit einer Veränderung der Medienstrategie einhergeht: Hatten diese vorher noch wenig über den FN berichtet, geben sie der Partei und ihrer Vorsitzenden ab 2011 mehr Raum, weshalb sie für die Analyse wichtiger werden.

Bei den Regierungsparteien basiert die Textauswahl auf Sprechakten des Präsidenten [sic!], der im semipräsidentiellen System Frankreichs eine zentrale Position bei der Richtung und Rechtfertigung der Politik einnimmt, des Premierministers [sic!] und der zuständigen Minister_innen, also der die Arbeits- und Sozialminister_in sowie die Spitzen aus Wirtschafts- und Finanzministerium. Bei den Oppositionsparteien nehme ich die Diskurse der Generalsekretär_innen in den Blick, beim Medef die der Präsidentin und später des Präsidenten und bei den Gewerkschaften wiederum die der Generalsekretäre.

Für die Regierungszeit der UMP von Mitte 2007 bis Mai 2012 habe ich insgesamt 60 Texte analysiert, für ihre Zeit in der Opposition 12. Für die Oppositionsphase der PS habe ich 30 Texte untersucht, die größere Zahl erklärt sich sowohl aus dem Wahlkampf als auch aus der Tatsache, dass die UMP nach der Wahlniederlage und Führungsproblemen sehr geschwächt war und sich dies auch in der Anzahl und den Themen der Sprechakte im öffentlichen Diskurs niederschlägt. Für die Regierungsphase der PS habe ich 50 Texte, für den FdG im Zeitraum 2010-2014 36 Reden

und Interviews und für den FN im Zeitraum 2011-2015 12 Reden und Interviews analysiert. Vom Medef habe ich 55 Sprechakte untersucht, für die CFDT 63, für die FO 28 und für die CGT 30. Darin spiegeln sich z.T. bereits strategische Selektivitäten darin wieder, welche Akteur_innen häufiger für Zeitungsinterviews angefragt werden als andere. Gleichzeitig haben die Akteur_innen selbst unterschiedliche Medienstrategien und suchen unterschiedlich stark Zeitungen als Medium für ihre Botschaften.

Die Texte habe ich mit Hilfe von *vie publique* (vgl. *Vie publique* 2015) und des Pressearchivs des deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg (vgl. *Deutsch-Französisches Institut* 2015) identifiziert. Bei *vie publique* – eine Informationsseite der öffentlichen Verwaltung – kann man in der Rubrik öffentlichen Reden (*Discours public*) nach Sprechakten bestimmter Personen suchen und bekommt Niederschriften dieser Zeitungs-, Radio- und Fernsehinterviews sowie öffentlichen Reden. Bis 2012 betrifft das alle untersuchten Akteur_innen, ab 2012 leider nur noch die Regierungsmitglieder². Im Pressearchiv des deutsch-französischen Instituts kann man Interviews in Zeitungen mit bestimmten Personen abfragen. Ergänzend habe ich die Homepages der Akteur_innen verwendet, die unterschiedlich gut und ausführlich Reden und Zeitungsinterviews dokumentieren.

Für Deutschland habe ich zunächst die für Arbeits- und Sozialpolitik auf nationaler Ebene zentralen Akteur_innen identifiziert: Die beiden großen Parteien Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), den Arbeitgeber_innenverband Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber_innenverbände (BDA) und die gewerkschaftlichen Akteur_innen: der Dachverband Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), und die Teilgewerkschaften Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) und Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Hinzu kommen die auf Bundesebene parlamentarisch vertretenen kleineren Parteien Grüne, Linke und Freie Demokratische Partei (FDP).

Bei den Regierungsparteien basiert die Textauswahl auf Sprechakten der Kanzlerin, der zuständigen Minister_innen sowie teilweise Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Beim Eigentümer_innenverband sind die Reden und Interviews des Präsidenten im Fokus, bei den Gewerkschaften die der Vorsitzenden und Teile des Vorstands. Die erste Krisenphase bis September 2009 fällt in Deutschland mit der Bundestagswahl zusammen.

Für diese erste Große Koalition-Regierung habe ich für CDU und SPD 40 Texte analysiert. Für die Grünen 13, die FDP 18 und die Linke 15. Die Analyse für die Tarifparteien umfasst 11 Texte des BDA in diesem Zeitraum, 9 des DGB, 7 der IG Metall und 6 von ver.di. Für die zweiten Krisenphase ab Ende 2009/Anfang

² Aufgrund von Mittelkürzungen für diesen öffentlichen Dienst mussten Dienstleistungen gestrichen werden, worunter die Aufzeichnung der Diskurse der oppositionellen Akteur_innen fällt.

2010 bis Ende des Untersuchungszeitraums etwa Mitte 2015 bilden 40 Texte die Grundlage für die Analyse der Sprechakte der CDU, 39 für die SPD, 8 für die FDP (nur bis September 2013, da diese bei der Wahl an der deutschen 5 %-Hürde scheiterte), 21 für die Grünen und 24 für die Linke. Vom BDA habe ich 32 Texte, vom DGB 24 Texte, von der IG Metall 16 Texte und von ver.di 30 Texte untersucht.

Die Texte habe ich mit Hilfe von GENIOS (vgl. Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH 2016) identifiziert. Mit dieser Datenbank kann man die Veröffentlichungen der deutschen Presse durchsuchen. Als Parameter habe ich den jeweiligen Zeitraum und das Schlagwort Interview gesetzt und nach den von mir vorher ausgesuchten Personennamen gesucht, um die Zeitungsinterviews zu finden. Ergänzend habe ich die Homepages der Akteur_innen verwendet, die unterschiedlich gut und ausführlich Reden und Zeitungsinterviews dokumentieren. Zusätzlich habe ich den BDA und den DGB direkt angeschrieben und um Redematerial der vorherigen Vorsitzenden gebeten, da diese Reden häufig entweder von der Homepage entfernt wurden oder sich aus anderen Gründen nicht finden ließen. Der BDA hat mir umfassendes Material von Herrn Dieter Hundt bereitgestellt. Die gewerkschaftlichen Akteur_innen haben nicht reagiert.

Die Textauswahl besteht aus Schriftstücken, die ich als für das Thema relevant einstufe. Ich gehe davon aus, dass einige Formulierungen und Punkte der Akteur_innen immer wieder auftauchen, weshalb ich es nicht für notwendig erachte, eine lückenlose und damit schwer bearbeitbare Textmenge zu sammeln. Werbebroschüren oder Infobroschüren, Parteiprogramme und ähnliches schließe ich aus. Ich nehme an, dass diese bewusster formuliert sind und Wahlprogramme und die Gewerkschaftsbroschüren weniger Menschen erreichen als Zeitungsinterviews und öffentliche Reden, über die in den Medien berichtet wird.

Die ausgewählten Texte habe ich mit Hilfe von Atlas.TI per Hand kodiert. Wichtige ‚Codes‘ sind Konzepte wie Wettbewerbsfähigkeit, Kaufkraft oder Arbeitskosten und Begriffe der politischen Projekte (etwa Rentenreform, Strukturreform, Flexibilisierung, Austerität, oder Konsolidierung). Bei der Analyse lese ich die verschiedenen Texte daraufhin, inwiefern Argumente für bestimmte politische Initiativen gemacht werden und welche Bedeutung den von mir identifizierten relevanten Begriffen zu kapitalistischem Entwicklungspfad, Akkumulationsregime und Regulationsweise zugeschrieben wird (siehe auch Fragenkatalog im Anhang). Aus den Texten filtere ich zentrale Aussagen und Sätze heraus. Mit Blick auf die diskursiven Strategien halte ich fest, welche Wirkung die spezifische Einbettung dieser Begriffe erzeugt. Durch die verschiedenen Positionen der Akteur_innen werden die existierenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede klarer. Ferner reflektiere ich an einigen Stellen, welche Effekte und Implikationen bestimmte Konstruktionen haben. Zentral ist dabei, wie bestimmte soziale Gruppen porträtiert werden, wer als „wir“ und wer als „anders“ dargestellt wird.

In den Analysekapiteln (4 und 5) zitiere ich dann entweder direkt – wenn es mir besonders repräsentativ oder prägnant vorkommt – oder indirekt. Die analysierten Texte habe ich im Fließtext mit Datum (statt nur mit Jahreszahl) angegeben und in einer separaten Bibliografie zu „Primärquellen“ angeführt.

Krisendiskurse und kapitalistische Entwicklungspfade
Arbeits- und sozialpolitische Projekte in Deutschland
und Frankreich

Lux, J.

2018, XVII, 349 S. 12 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-18799-6